

ANDREA EDENHARTER

Grundrechtsschutz
in föderalen
Mehrebenensystemen

Jus Publicum

271

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 271



Andrea Edenharter

Grundrechtsschutz in föderalen Mehrebenensystemen

Inspiration des EU-Grundrechtsschutzes
durch die Grundrechtsentwicklung in Deutschland
und der Schweiz sowie durch die EMRK

Mohr Siebeck

Andrea Edenbarter, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg; 2009 Erste Juristische Prüfung; Referendariat am OLG Nürnberg; 2011 Zweite Juristische Staatsprüfung; 2013 Promotion; Forschungsaufenthalte an der Universität Bern und am Institute of European and Comparative Law (Oxford University); 2017 Habilitation; seit 2011 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht der Universität Regensburg.
orcid.org/0000-0003-1369-4083

ISBN 978-3-16-156013-2 / eISBN 978-3-16-156014-9
DOI 10.1628/978-3-16-156014-9

ISSN 0941-0503 / eISSN 2568-8480 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach aus der Garamond gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2017/2018 als Habilitationsschrift von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg angenommen. Großen Anteil nicht nur an der Entstehung dieses Werkes, sondern an meinem gesamten akademischen Werdegang hatte mein Habilitationsbetreuer, Herr Professor Dr. Robert Uerpmann-Witzack, der mir in den zehn Jahren, in denen ich an seinem Lehrstuhl tätig war, ein Höchstmaß an Unterstützung und akademischer Freiheit zukommen ließ.

Ein herzliches Wort des Dankes gebührt auch Herrn Professor Dr. Thorsten Kingreen (Regensburg) für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie für einige sehr hilfreiche Anregungen im Hinblick auf die Veröffentlichung meiner Habilitationsschrift. Darüber hinaus danke ich den Mitgliedern des Fachmentorats, Herrn Professor Dr. Alexander Graser und Herrn Professor Dr. Martin Löhnig (beide Regensburg) für ihre Begleitung während der Habilitationsphase und für zahlreiche Tipps, die meine wissenschaftliche Arbeit stets bereicherten.

Dank gebührt auch Herrn Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D., Professor Dr. Udo Steiner (Regensburg), der mich auf meinem gesamten akademischen Werdegang seit dem Studium als Ratgeber und Förderer begleitet hat.

Zu großem Dank verpflichtet bin ich darüber hinaus Herrn Professor Dr. Axel Tschentscher (Bern), der mich bereitwillig für zwei Forschungsaufenthalte an seinem Lehrstuhl aufgenommen hat und ohne dessen Engagement und großzügige Gastfreundschaft meine Habilitationsschrift in dieser Form niemals hätte entstehen können. Dank schulde ich auch Frau Professor Dr. Judith Wyttenbach (Bern) für ihre Diskussionsbereitschaft und wertvollen Anregungen.

Herrn Professor Dr. Pavlos Eleftheriadis (Oxford) danke ich für zahlreiche spannende Diskussionen während meines Aufenthalts am Institute of European and Comparative Law.

Meiner Mentorin, Frau Professor Dr. Ute Mager (Heidelberg) danke ich für zahlreiche wertvolle Hinweise während der Habilitationsphase.

Ein ganz großes Dankeschön gebührt meinem guten Freund, Herrn Gerichtsschreiber Dr. Peter Bieri (Bern), der die Mühe auf sich genommen hat, den Teil zum schweizerischen Recht mit bewundernswerter Akribie Korrektur zu lesen.

Danken möchte ich ferner Herrn lic. phil. Vinzenz Bartlome (Staatsarchiv des Kantons Bern) für wertvolle Anregungen und Hilfestellung bei der Recherche in den Archivbeständen. Frau Dr. Heidi Bossard-Borner (Staatsarchiv des Kantons Luzern) danke ich ebenfalls für wichtige Hinweise zur Recherche.

Dank gebührt ferner meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl Uerpmann-Witzack an der Universität Regensburg, vor allem auch Frau Margit Berndl, für die stets angenehme und anregende Arbeitsatmosphäre.

Meinen Kolleginnen und Kollegen am Institut für Öffentliches Recht an der Universität Bern sage ich ein dickes „Merci“ für ihre unkomplizierte Gastfreundschaft und für viele wissenschaftliche und private Gespräche in den gemeinsamen Kaffee- und Mittagspausen.

Schließlich danke ich meinen Eltern, Marlies und Michael Edenharter, meinem Partner Raimund Weiß sowie meinen guten Freunden Dr. Hermann Josef Eckl, Benjamin Manthey und Ursula Wittmann für ihre uneingeschränkte und bedingungslose Unterstützung. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Rechtsprechung und Literatur sind grundsätzlich bis einschließlich Juni 2017 eingearbeitet. Später erschienene Quellen konnten nur noch vereinzelt berücksichtigt werden.

Regensburg, den 24.01.2018

Andrea Edenharter

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Technisches Vorwort	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
<i>Einführung</i>	1
<i>1. Teil: Theoretische Grundlagen: Konzept des Mehrebenensystems, Verhältnis der Ebenen zueinander und Parameter des Rechtsvergleichs</i>	75
§ 1 Das Konzept des Mehrebenensystems	76
§ 2 Konfliktkonstellationen und Parameter des Rechtsvergleichs	128
<i>2. Teil: Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem des deutschen Bundesstaats</i>	153
§ 3 Grundrechtsschutz im Deutschen Reich (1871)	154
§ 4 Grundrechtsschutz in der Weimarer Republik (1919–1933)	193
§ 5 Exkurs: Föderalismus und Grundrechtsschutz unter der nationalsozialistischen Willkürherrschaft	249
§ 6 Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem des Grundgesetzes	252
<i>3. Teil: Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem des schweizerischen Bundesstaats</i>	397
§ 7 Grundrechtsschutz im System des schweizerischen Bundesstaates auf Grundlage der Bundesverfassung von 1848	398
§ 8 Grundrechtsschutz im System des schweizerischen Bundesstaates auf Grundlage der Bundesverfassung von 1874	438
§ 9 Grundrechtsschutz im System der schweizerischen Bundesverfassung von 1999	560
§ 10 Grundrechtsschutz in der EG/EU vor Inkrafttreten der Grundrechte-Charta	614
§ 11 Grundrechtsschutz in der EU nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	676

<i>5. Teil: Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz in Mehrebenensystemen</i>	747
§ 12 Die EMRK als zusätzliche Grundrechtsebene	748
§ 13 Geltung der EMRK in Deutschland, der Schweiz und der EU	769
<i>6. Teil: Konsequenzen für die Ausgestaltung des Systems des unionalen Grundrechtsschutzes</i>	837
§ 14 Erkenntnisse des Rechtsvergleichs als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines ausgewogenen unionalen Grundrechtsschutzes	838
§ 15 Ansatzpunkte für einen Ausgleich zwischen Grundrechtsvereinheitlichung und Grundrechtsvielfalt	857
<i>Zusammenfassung</i>	977
Literaturverzeichnis	991
Stichwortverzeichnis	1079

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Technisches Vorwort	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Einführung

1

<i>I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung</i>	1
<i>II. Die föderalen Systeme Deutschlands, der Schweiz und der EU als Referenzpunkte des Rechtsvergleichs</i>	8
1. Kategorisierung föderaler Systeme	8
2. Die Bundesrepublik Deutschland als föderales System	12
a) Staatlichkeit von Bund und Ländern	12
b) Verhältnis von Bund und Ländern	16
c) Föderale Elemente im System des Grundgesetzes	19
aa) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	19
bb) Mitwirkung der Länder auf Bundesebene und bei auswärtigen Angelegenheiten	21
cc) Verwaltung	21
dd) Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten	22
ee) Judikative und Verfassungsgerichtsbarkeit	23
ff) Finanzverfassung	23
d) Unitarische Elemente	24
e) Zwischenergebnis	24
3. Die Schweiz als föderales System	25
a) Staatlichkeit von Bund und Kantonen	25
b) Verhältnis von Bund und Kantonen	30
c) Föderale Elemente im System der Schweizer Bundesverfassung	33
aa) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	33
bb) Mitwirkung der Kantone auf Bundesebene	38
cc) Mitwirkung der Kantone an auswärtigen Angelegenheiten	41
dd) Verwaltung	42
ee) Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	43

ff) Bundestreue	44
gg) Judikative	45
hh) Finanzverfassung	48
d) Unitarische Elemente	49
e) Zwischenergebnis	51
4. Die EU als föderales System	52
a) Föderale Elemente	52
aa) Eigenständigkeit von EU und Mitgliedsstaaten	52
bb) Beteiligung der Mitgliedstaaten an der Unionsrechtssetzung	52
cc) Verteilung der Rechtssetzungskompetenzen sowie Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip	53
dd) Verwaltung	55
ee) Gebot der Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten	56
ff) Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit	56
b) Unitarische Elemente	57
c) Rechtsnatur der EU	58
III. Zulässigkeit und Erkenntnisgewinn eines Rechtsvergleichs	63
IV. Forschungsstand	70
V. Gang der Untersuchung	72

1. Teil

Theoretische Grundlagen: Konzept des Mehrebenensystems, Verhältnis der Ebenen zueinander und Parameter des Rechtsvergleichs

75

§ 1 Das Konzept des Mehrebenensystems	76
I. Begriff des Mehrebenensystems und Leistungsfähigkeit des Mehrebenenkonzepts	76
1. Begriff des Mehrebenensystems	76
a) Sozialwissenschaftlicher Kontext	76
b) Rechtswissenschaftlicher Kontext	77
c) Arbeitsdefinition des Begriffs des Mehrebenensystems	78
d) Bund und Länder/Kantone als eigenständige Ebenen	80
e) Die EU als eigenständige Ebene	80
f) Die EMRK als eigenständige Ebene	80
2. Leistungen und Grenzen einer ebenenbezogenen Betrachtungsweise	82
3. Unzulänglichkeiten konkurrierender Governance- und Netzwerkansätze	83

<i>II. Vorrang- und Hierarchiefragen in Mehrebenensystemen</i>	86
1. Bundesstaat	86
2. EU	92
a) Rechtstheoretische Implikationen	92
aa) Monistische Betrachtungsweisen	92
aaa) Höherrangigkeit des nationalen Verfassungsrechts	92
bbb) Höherrangigkeit des Unionsrechts	93
bb) Dualistische Betrachtungsweise	93
cc) Pluralistische Betrachtungsweise: Gleichrangiges Nebeneinander beider Rechtsordnungen	94
b) Positionen der mitgliedstaatlichen Verfassungs- und Höchstgerichte und des EuGH bezüglich Rangordnung und Anwendungsvorrang des Unionsrechts	97
aa) Mitgliedstaatliche Verfassungs- und Höchstgerichte	97
aaa) Grundsätzlicher Vorrang des Unionsrechts	97
(1) Niederlande	97
(2) Österreich	99
bbb) Differenzierte Positionen	99
(1) Deutschland	99
(2) Spanien	107
(3) Tschechische Republik	109
(4) Vereinigtes Königreich	111
ccc) Grundsätzlicher Vorrang des nationalen Verfassungsrechts	113
(1) Polen	113
(2) Litauen	115
(3) Frankreich	115
bb) EuGH	117
c) Stellungnahme	120
3. Rangfragen bezüglich der EMRK	125
4. Zwischenergebnis	126
§ 2 Konfliktkonstellationen und Parameter des Rechtsvergleichs	128
<i>I. Ausgangspunkt: Konfliktfelder in materiell-rechtlicher und prozessualer Hinsicht</i>	128
1. Normkonkurrenzen und Normkollisionen	128
a) Konkurrenzen und Interferenzen	128
b) Konkurrenzen und Kollisionen	129
2. Jurisdiktionskonflikte	130
<i>II. Parameter des Rechtsvergleichs</i>	131
1. Materiell-rechtliche Kollisionsregeln und Konfliktvermeidungsmechanismen	131
a) Kollisionsregeln im engeren Sinn	132

aa)	Regel vom Vorrang des ranghöheren Gesetzes (lex superior)	132
bb)	Regel vom Vorrang des spezielleren Gesetzes (lex specialis)	132
cc)	Regel vom Vorrang des jüngeren Gesetzes (lex posterior)	133
b)	Konfliktvermeidung durch Kombination von Bindungsanordnung und Derogation: Kollisionsregel des Anwendungsvorrangs	133
c)	Konfliktvermeidungsmechanismen im weiteren Sinn	134
aa)	Konfliktvermeidung durch Abgrenzung der Rechtsordnungen bzw. Ebenen	134
bb)	Konfliktvermeidung durch klare Aufteilung der Kompetenzen	134
cc)	Konfliktvermeidung durch Parallelität der Kollisionsnormen	136
dd)	Konfliktvermeidung durch Koexistenznormen	136
ee)	Konfliktvermeidung durch weitest gehende Angleichung der Rechtsordnungen bzw. Ebenen (Grundrechtskonvergenz)	137
ff)	Konfliktvermeidung durch freiwillige Bindungsrücknahme	138
gg)	Konfliktvermeidung durch Unterwerfung unter eine übergeordnete Rechtsordnung	139
d)	Mögliche Orte für die Verankerung von Kollisionsregeln	140
2.	Grundrechtsbindung und ihre Reichweite	140
3.	Prüfungsmaßstab	142
4.	Prozessuale Ausgestaltung des Grundrechtsschutzes	142
a)	Instrumente des grundrechtsbezogenen Rechtsschutzes	142
aa)	Normenkontrollverfahren	142
bb)	Verfassungsbeschwerde	143
cc)	Verzicht auf Individualrechtsschutz bzw. Rechtsschutz gegen Gesetze	144
b)	Konfliktvermeidung durch prozessuale Mechanismen	145
aa)	Einrichtung eines Verfassungs- oder Höchstgerichts	145
bb)	Divergenz-, Gültigkeits- und Auslegungsvorlagen der beteiligten Gerichte	145
cc)	Konfliktvermeidung durch Abgrenzung der Zuständigkeiten der beteiligten Gerichte	146
dd)	Konfliktvermeidung durch Einräumung von Beurteilungsspielräumen und Anwendung von Vermutungsregelungen	147
ee)	Konfliktvermeidung durch Übernahme von Prüfungsmaßstäben	148
ff)	Konfliktvermeidung durch konforme Auslegung	148
gg)	Konfliktvermeidung durch informellen Austausch der beteiligten Gerichte	149
III.	Zusammenfassung zum 1. Teil	149

2. Teil

Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem
des deutschen Bundesstaats

153

§ 3 Grundrechtsschutz im Deutschen Reich (1871)	154
I. Entstehungsgeschichte	154
II. Das Deutsche Reich als föderales bundesstaatliches System . . .	155
1. Das Reich als Bundesstaat	155
2. Föderale Elemente der Staatsorganisation	156
a) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	156
b) Bundesrat	158
c) Verwaltung	159
d) Judikative	159
e) Sonder- und Reservatrechte einzelner Länder	160
f) Finanzverfassung	161
3. Herrschaftsgewalt des Reichs gegenüber den Ländern	162
a) Kompetenz-Kompetenz des Reiches	162
b) Vorrang des Reichsrechts vor dem Landesrecht	162
c) Reichsaufsicht, Reichsexekution und Bundestreue	164
4. Rechtsstellung der Länder	164
5. Unitarische Tendenzen in der Verfassungswirklichkeit	165
III. Grundrechtsverbürgungen im System des Deutschen Reiches . .	166
1. Geschichtlicher und rechtsdogmatischer Hintergrund	166
2. Fehlen eines Grundrechte-Katalogs in der Verfassungsurkunde der Reichsverfassung	169
3. Grundrechtsgewährleistungen außerhalb der formellen Reichsverfassung	170
4. Grundrechte der Landesverfassungen als Bestandteile des Reichssystems	171
a) Landesgrundrechte als funktioneller Bestandteil der Grundrechtsordnung des Reiches	171
b) Grundrechtskataloge ausgewählter Landesverfassungen	175
aa) Bayerische Verfassung	175
bb) Preußische Verfassung	177
cc) Andere Landesverfassungen	178
IV. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung	179
V. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab	179

VI. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes	182
1. Reichsebene	182
2. Länderebene	186
a) Bayern	186
b) Preußen	189
c) Andere Länder	190
VII. Zwischenergebnis	191
§ 4 Grundrechtsschutz in der Weimarer Republik (1919–1933)	193
I. Entstehungsgeschichte	193
II. Die Weimarer Republik als föderales bundesstaatliches System	193
1. Die Weimarer Republik als Bundesstaat	193
2. Föderale Elemente der Staatsorganisation	195
a) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	195
b) Mitwirkung der Länder beim auswärtigen Handeln	196
c) Reichsrat	197
d) Verwaltung	198
e) Judikative	199
f) Sicherungen des bundesstaatlichen Prinzips	200
3. Herrschaftsgewalt des Reiches gegenüber den Ländern	201
a) Kompetenz-Kompetenz des Reiches	201
b) Vorrang des Reichsrechts vor dem Landesrecht	202
c) Homogenitätsklausel	204
d) Reichstag als „höchstes Reichsorgan“	205
e) Reichsaufsicht, Reichsexekution und Reichstreue	206
f) Reichseigene Verwaltung	207
g) Finanzverfassung	207
h) Aufhebung der Reservatrechte	208
4. Verstärkung der unitarischen Tendenzen in der Verfassungswirklichkeit	208
III. Grundrechtsverbürgungen in der Weimarer Republik	209
1. Geschichtlicher und rechtsdogmatischer Hintergrund	209
2. Grundrechtsgewährleistungen der Weimarer Reichsverfassung	213
3. Grundrechtsgewährleistungen in den Landesverfassungen	216
a) Bayerische Verfassung	216
b) Preußische Verfassung	218
c) Andere Landesverfassungen	219

<i>IV. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung</i>	221
1. Kompetenzverteilungsnormen	221
2. Homogenitätsklausel, Art. 17 WRV	224
3. Reichsrecht bricht Landesrecht, Art. 13 Abs. 1 WRV	225
<i>V. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab</i>	227
<i>VI. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	233
1. Reichsebene	233
2. Länderebene	238
a) Bayern	238
b) Preußen	245
c) Andere Länder	245
<i>VII. Zwischenergebnis</i>	246
§ 5 Exkurs: Föderalismus und Grundrechtsschutz unter der nationalsozialistischen Willkürherrschaft	249
§ 6 Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem des Grundgesetzes	252
<i>I. Verfassungsentwicklung im historischen Kontext</i>	252
1. Bundesebene	252
a) Entstehung des Grundgesetzes	252
b) Entwicklung nach der Wiedervereinigung	253
2. Landesebene	253
a) Schaffung von Landesverfassungen nach Kriegsende	253
b) Situation nach der Wiedervereinigung	255
<i>II. Verfassungsmäßige Grundrechtsgewährleistungen</i>	255
1. Bundesebene	255
2. Landesebene	257
a) Normierungsphasen	257
aa) Normierung vor Inkrafttreten des Grundgesetzes	257
bb) Normierung kurz nach Inkrafttreten des Grundgesetzes	258
cc) Normierung nach der Wiedervereinigung	259
b) Inhalte	260
aa) Landesverfassungen mit eigenen Grundrechtskatalogen	260
bb) Landesverfassungen mit dynamischen Verweisen auf das Grundgesetz	265
cc) Implizites Hineinwirken von Bundesgrundrechten in das Landesverfassungsrecht?	266
c) Verhältnis von Normierungszeitpunkt und Inhalt	267

<i>III. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung</i>	269
1. Landesverfassungsrechtliche Konfliktvermeidungsregeln	269
2. Konfliktvermeidung nach dem Grundgesetz	271
a) Art. 70 ff. GG	271
b) Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG	276
c) Art. 28 Abs. 3 GG	278
d) Art. 123 ff. GG	278
e) Art. 1 Abs. 3 GG	279
f) Art. 142 GG	280
aa) Bedeutung der Norm	280
bb) Anwendungsbereich	283
cc) Erfordernis der Übereinstimmung mit den Art. 1 bis 18 GG	284
aaa) Begriff der Übereinstimmung	284
bbb) Inhaltsgleiche Grundrechte	285
ccc) Landesverfassungsrechtliche Mehrgewährleistungen	285
ddd) Landesverfassungsrechtliche Mindergewährleistungen	286
g) Art. 31 GG	287
aa) Bedeutung und Abgrenzung zu anderen Vorschriften	287
bb) Tatbestandliche Voraussetzungen	289
aaa) Bundesrecht	289
bbb) Landesrecht	289
ccc) Gültigkeit des Bundes- und Landesrechts	289
ddd) Kollision von Bundes- und Landesrecht	290
cc) Rechtsfolgen	292
3. Zwischenergebnis	293
<i>IV. Grundrechtsbindung</i>	295
1. Landesstaatsgewalt	295
a) Vorliegen einer Maßnahme der Landesstaatsgewalt	295
b) Begriff der Rechtsanwendung	296
c) Rechtsanwendung durch die Landesstaatsgewalt	297
d) Grundrechtsbindung der Landesstaatsgewalt	298
aa) Allgemeine Richtlinien und Problemfälle	298
bb) Art und Weise der Berücksichtigung von Landesgrundrechten bei der Anwendung von Bundesrecht	300
cc) Bindung an Landesgrundrechte außerhalb des Normvollzugs	305
e) Zwischenergebnis	306
2. Bundesstaatsgewalt	306

V. <i>Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	308
1. Bundesebene	308
a) Verfassungsgerichtsbarkeit	308
b) Sonstige Bundesgerichte	311
2. Landesebene	312
a) Landesverfassungsgerichtsbarkeit	312
aa) Entwicklungsphasen	312
aaa) Bestehen einer Landesverfassungsgerichtsbarkeit vor Inkrafttreten des Grundgesetzes	312
bbb) Entstehung kurz nach Inkrafttreten des Grundgesetzes	313
ccc) Entstehung nach der Wiedervereinigung	314
bb) Kompetenzen	315
cc) Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht	319
aaa) Grundsatz	319
bbb) Vorlagepflichten	320
(1) Art. 100 Abs. 1 GG	320
(2) Art. 100 Abs. 3 GG	322
ccc) Subsidiaritätsklauseln	323
b) Sonstige Landesgerichte	325
3. Landesgrundrechte als Prüfungsmaßstab bei der Anwendung von Bundesrecht	325
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	325
aa) Beschluss des Bundesverfassungsgericht vom 15.10.1997	325
aaa) Sachverhalt	325
bbb) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	326
bb) Kritik	329
cc) Folgen	334
b) Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte	337
aa) Bayern	337
bb) Hessen	343
cc) Saarland	345
dd) Rheinland-Pfalz	348
ee) Brandenburg	351
ff) Mecklenburg-Vorpommern	355
gg) Thüringen	357
hh) Berlin	358
ii) Sachsen	360
jj) Baden-Württemberg	363
c) Zwischenergebnis	364
4. Landesgrundrechte als Prüfungsmaßstab bei der Überprüfung von Landesrechtsnormen auf bundesrechtlicher Grundlage	366

5. Rolle der Landesverfassungsgerichte bei der Überprüfung von Landesrecht und dessen Anwendung durch die Landesstaatsgewalt	367
a) Gesetzgebungskompetenzen der Länder	367
b) Grundrechtsbezogene Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als Beschränkung der Gesetzgebungstätigkeit der Länder	368
c) Grundrechtsbezogene Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte	370
d) Rolle der Landesverfassungsgerichte im Rahmen der europäischen Integration	382
6. Exkurs: Kontrolle von Umsetzung, Vollzug und Anwendung des Unionsrechts durch die Landesverfassungsgerichte	383
7. Orientierung des Bundesverfassungsgerichts an landesverfassungsgerichtlichen Entscheidungen	384
8. Zusammenfassung	385
VI. Zwischenergebnis	387
VII. Zusammenfassung zum 2. Teil	390

3. Teil

Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem des schweizerischen Bundesstaats

397

§ 7 Grundrechtsschutz im System des schweizerischen Bundesstaates auf Grundlage der Bundesverfassung von 1848	398
I. Historische Wurzeln und Entstehungsgeschichte	398
II. Die Schweiz auf Grundlage der Bundesverfassung von 1848 als föderales bundesstaatliches System	400
1. Föderale Elemente	400
2. Unitarische Elemente	403
III. Grundrechtsverbürgungen	405
1. Bundesverfassung von 1848	405
2. Kantonale Verfassungen	407
a) Vor 1848	407
b) Nach 1848	411
3. Rechtsnatur und rechtliche Wirkung der Grundrechtsgewährleistungen	413

<i>IV. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung</i>	417
<i>V. Grundrechtsbindung</i>	421
<i>VI. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	423
1. Bundesebene	423
2. Kantonale Ebene	428
<i>VII. Zwischenergebnis</i>	434
§ 8 Grundrechtsschutz im System des schweizerischen Bundesstaats auf Grundlage der Bundesverfassung von 1874	438
<i>I. 1874–1918</i>	438
1. Geschichtliche Entwicklungen	438
a) Bundesebene	438
aa) Entstehungsgeschichte der Bundesverfassung	438
bb) Im Jahr 1874 vorgenommene Verfassungsänderungen	439
aaa) Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	439
bbb) Verwaltung	440
ccc) Individuelle Freiheitsrechte	440
ddd) Errichtung eines ständigen Bundesgerichts	441
eee) Finanzverfassung	443
fff) Einführung des fakultativen Referendums	443
cc) Nach 1874 vorgenommene Verfassungsänderungen mit potentiellen Auswirkungen auf den Grundrechtsschutz	444
b) Kantonale Ebene	445
2. Grundrechtsverbürgungen	450
a) Bundesverfassung	450
b) Kantonale Verfassungen	451
3. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung	456
a) Kompetenzverteilungsnormen	456
b) Bundesrecht bricht kantonales Recht	457
4. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab	461
5. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes	463
a) Bundesebene	463
aa) Bundesgericht	463
aaa) Zuständigkeiten und prozessuale Vorgaben	463
bbb) Bundesgrundrechte und kantonale Grundrechte in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	470
bb) Sonstige Gerichte des Bundes	477
cc) Politische Bundesbehörden	477

b) Kantonale Ebene	480
6. Zwischenergebnis	485
<i>II. 1919–1945</i>	488
1. Geschichtliche Entwicklungen	488
a) Bundesebene	488
b) Kantonale Ebene	490
2. Grundrechtsverbürgungen	491
3. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung	492
4. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab	493
5. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes	494
a) Bundesebene	494
b) Kantonale Ebene	498
6. Zwischenergebnis	500
<i>III. 1946–1999</i>	501
1. Geschichtliche Entwicklungen	501
a) Bundesebene	501
aa) Beseitigung des Notrechts	501
bb) Versuche einer Totalrevision der Bundesverfassung	502
cc) Partialrevisionen der Bundesverfassung	503
dd) Ausbau des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	504
ee) Beitritt zur EMRK und zum UNO-Pakt II	505
b) Kantonale Ebene	507
2. Grundrechtsverbürgungen	510
a) Bundesebene	510
aa) Entwicklung ungeschriebener Bundesgrundrechte	510
aaa) Ansatz von Giacometti	510
bbb) Ansatz von Huber	511
ccc) Entwicklung ungeschriebener Bundesgrundrechte durch das Bundesgericht	511
bb) Punktuelle Ergänzungen des Verfassungstextes	513
b) Kantonale Ebene	514
aa) Geschriebene Grundrechte	514
aaa) Totalrevidierte Verfassungen	514
bbb) Verfassung des Kantons Jura	521
bb) Ungeschriebene Grundrechte	523
c) Zwischenergebnis	523
3. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung	524
4. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab	526
5. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes	527
a) Bundesebene	527

b) Kantonale Ebene	540
aa) Verfassungsgerichte	540
bb) Verwaltungsgerichte	545
6. Zwischenergebnis	555
<i>IV. Zusammenfassung</i>	558
§ 9 Grundrechtsschutz im System der schweizerischen Bundesverfassung von 1999	560
<i>I. Geschichtliche Entwicklungen</i>	560
1. Bundesebene	560
a) Totalrevision der Bundesverfassung	560
b) Nach 1999 vorgenommene Änderungen der Bundesverfassung	561
aa) Justizreform	561
bb) Reform der Volksrechte	562
cc) Föderalismusreform	562
2. Kantonale Ebene	563
<i>II. Grundrechtsverbürgungen</i>	564
1. Bundesebene	564
2. Kantonale Ebene	571
<i>III. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung</i>	580
1. Art. 3 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 BV	580
2. Art. 49 Abs. 1 BV	580
<i>IV. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab</i>	584
<i>V. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	585
1. Bundesebene	585
a) Bundesgericht	585
b) Bundesverwaltungsgericht	595
2. Kantonale Ebene	596
<i>VI. Zwischenergebnis</i>	606
<i>VII. Zusammenfassung zum 3. Teil</i>	609

4. Teil

Grundrechtsschutz im unionalen Mehrebenensystem

613

§ 10 Grundrechtsschutz in der EG/EU vor Inkrafttreten der Grundrechte-Charta	614
I. <i>Entwicklung der Kompetenzverteilung zwischen EG/EU und Mitgliedstaaten</i>	614
II. <i>Grundrechtsschutz</i>	619
1. EG/EU-Ebene	619
a) Entwicklung der Gemeinschaftsgrundrechte als ungeschriebene Rechtsgrundsätze	619
b) Grundrechtsrelevante Erklärungen und Dokumente	621
c) Inhalte und Reichweite des gemeinschaftsrechtlichen/ unionalen Grundrechtsschutzes	623
2. Mitgliedstaatliche Ebene	627
III. <i>Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisionsvermeidung</i>	629
1. Kompetenzabgrenzung im Grundrechtsbereich	629
2. Vorrang des Gemeinschafts- bzw. Unionsrechts	631
a) Begründung durch den EuGH und dogmatische Einordnung	631
b) Inhalt und Reichweite aus unionsrechtlicher Sicht	634
c) Mitgliedstaatliche Perspektive	639
IV. <i>Grundrechtsbindung</i>	642
1. Bindung an Gemeinschafts- bzw. Unionsgrundrechte	642
a) Dogmatischer Hintergrund und anfängliche EuGH- Rechtsprechung	642
b) Fallgruppen	644
aa) Durchführung von Unionsrecht	644
bb) Anwendung der Grundfreiheiten	647
cc) Unionsbürgerschaft	649
2. Bindung an nationale Grundrechte	651
V. <i>Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	658
1. EG/EU-Ebene	658
a) Verfahrensarten vor dem EuGH	658
b) Kontrolle der Beachtung der Unionsgrundrechte	662
c) Maßgeblicher Schutzstandard bei der Anwendung von Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht	662
aa) Einschränkung von Grundfreiheiten	662
bb) Durchführung von Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht	666

d) Zwischenergebnis	668
2. Mitgliedstaatliche Ebene	669
a) Verfahrensarten	669
b) Prüfungsmaßstab der nationalen Verfassungs- und Höchstgerichte	670
VI. <i>Zwischenergebnis</i>	671
§ 11 Grundrechtsschutz in der EU nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	676
I. <i>Geschichtliche Entwicklungen</i>	676
1. Entstehung und Inhalt des Vertrags von Lissabon	676
2. Ausarbeitung, Inkrafttreten und Geltung der Grundrechte-Charta	678
II. <i>Unionale Grundrechtsverbürgungen</i>	680
1. Inhalt der EU-Grundrechte-Charta	680
2. Unionsgrundrechte außerhalb der Grundrechte-Charta	684
III. <i>Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisionsvermeidung</i>	686
1. Kollisions- und Konfliktvermeidungsnormen der Grundrechte- Charta	686
a) Art. 52 Abs. 3 GRC	686
b) Art. 52 Abs. 4 GRC	687
c) Art. 52 Abs. 6 GRC	687
d) Art. 53 GRC	689
2. Anwendungsvorrang des Unionsrechts als Kollisionsregel	692
3. Mitgliedstaatliche Perspektive	692
IV. <i>Grundrechtsbindung</i>	693
1. Bindung an Unionsgrundrechte, Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRC	693
a) Wortlaut, Systematik und Entstehungsgeschichte der Vorschrift	693
b) Interpretation durch den EuGH	695
aa) Rechtssache N.S. u.a.	695
bb) Rechtssachen Iida und Pringle	696
cc) Leitentscheidung in der Rechtssache Åkerberg Fransson	697
aaa) Sachverhalt	697
bbb) Schlussanträge des Generalanwalts	698
ccc) Entscheidung des EuGH	699
ddd) Bewertung	701
dd) Präzisierung der Åkerberg Fransson-Rechtsprechung	703
aaa) Rechtssache Ymeraga	703
bbb) Rechtssache Texdata	705
ccc) Rechtssache Siragusa	706
ddd) Rechtssache Torralbo	707

eee) Rechtssache Turnhout	708
fff) Rechtssache Pfleger	709
ggg) Rechtssache Hernández	710
hhh) Rechtssache Delvigne	711
iii) Rechtssache WebMindLicenses	712
jjj) Rechtssache Paoletti u.a.	712
ee) Zusammenfassung und Ausblick	713
c) Position mitgliedstaatlicher Verfassungs- und Höchstgerichte	714
aa) Deutschland	714
bb) Vereinigtes Königreich	716
cc) Österreich	718
d) Zusammenfassung	718
2. Bindung an nationale Grundrechte	719
V. <i>Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	720
1. EU-Ebene	720
2. Mitgliedstaatliche Ebene	728
a) Verfassungs- und Höchstgerichte	728
b) Fachgerichte	736
VI. <i>Zwischenergebnis</i>	741
VII. <i>Zusammenfassung zum 4. Teil</i>	744

5. Teil

Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz in Mehrebenensystemen

747

§ 12 Die EMRK als zusätzliche Grundrechtsebene	748
I. <i>Entstehungsgeschichte und Entwicklung</i>	748
II. <i>Inhalte</i>	749
III. <i>Koexistenzregel seitens der EMRK</i>	750
IV. <i>Überwachung der Einhaltung der EMRK durch den EGMR</i>	751
1. Zuständigkeiten des EGMR	751
2. Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen durch den EGMR	
bei der Individualbeschwerde	754
a) Allgemeines	754
b) Unzulässigkeit einer Beschwerde <i>ratione personae</i>	754
c) Unzulässigkeit einer Beschwerde <i>ratione materiae</i>	756
3. Kontrolldichte des EGMR	757
4. Einfluss nationaler Grundrechte auf die EGMR-Judikatur	766
5. Völkerrechtliche Wirkung von EGMR-Urteilen	767

§ 13 Geltung der EMRK in Deutschland, der Schweiz und der EU	769
I. <i>Deutschland</i>	769
1. Innerstaatliche Geltung und Rang	769
2. Berücksichtigung der EMRK und der Urteile des EGMR durch das Bundesverfassungsgericht	769
a) Art und Weise der Berücksichtigung	769
b) Einfluss auf einzelne Grundrechte des Grundgesetzes	773
c) Sonderfall: Die EMRK als Prüfungsmaßstab für das EU-Sekundärrecht	775
3. Bedeutung in der gerichtlichen Praxis	775
a) Bundesgerichte und Instanzgerichte der Länder	775
b) Landesverfassungsgerichte	777
4. Zwischenergebnis	778
II. <i>Schweiz</i>	778
1. Innerstaatliche Geltung und Rang	778
2. Bedeutung in der gerichtlichen Praxis	782
a) Bundesgericht	782
b) Bundesverwaltungsgericht	790
c) Kantonale Instanzgerichte und kantonale Verfassungsgerichte	791
3. Zwischenergebnis	799
III. <i>EU</i>	800
1. Entwicklung der Diskussion um einen Beitritt der EU zur EMRK	800
2. Status quo vor einem Beitritt	802
a) EMRK-Garantien als allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschafts- bzw. Unionsrechts	802
b) Verhältnis der EMRK zur Grundrechte-Charta	805
aa) Art. 52 Abs. 1–3 GRC	805
bb) Art. 53 GRC	811
c) Bedeutung der EMRK in der Spruchpraxis des EuGH nach Inkrafttreten der Grundrechte-Charta	813
3. Beitritt der EU zur EMRK	816
a) Völkerrechtliche Implikationen	816
b) Unionsrechtliche Implikationen	816
c) Rang der EMRK im Unionsrecht, unmittelbare Anwendbarkeit und Rolle des EGMR	816
d) Anforderungen an ein Beitrittsabkommen nach dem EuGH-Gutachten 2/13	817
aa) Wesentliche Kritikpunkte des EuGH und deren Bewertung	817
aaa) Co-respondent-Mechanismus	817

bbb) Vorabfassungsverfahren	819
ccc) Art. 344 AEUV	821
ddd) 16. Zusatzprotokoll zur EMRK	822
eee) Art. 53 EMRK und Art. 53 GRC	823
fff) Gegenseitiges Vertrauen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	823
ggg) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	824
bb) Gesamtschätzung der Position des EuGH	825
cc) Lösungsmöglichkeiten	827
e) Exkurs: Folgen eines EMRK-Beitritts der EU für das System des Grundgesetzes	829
4. Zwischenergebnis	830
IV. Zusammenfassung zum 5. Teil	832

6. Teil

Konsequenzen für die Ausgestaltung des Systems des unionalen Grundrechtsschutzes

837

§ 14 Erkenntnisse des Rechtsvergleichs als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines ausgewogenen unionalen Grundrechtsschutzes	838
<i>I. Kompetenzverteilung in föderalen Systemen</i>	838
<i>II. Art und Weise der Grundrechtsentwicklung und Verankerung von Grundrechtsgewährleistungen</i>	841
<i>III. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung</i>	845
<i>IV. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab</i>	848
<i>V. Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	851
§ 15 Ansatzpunkte für einen Ausgleich zwischen Grundrechtsvereinheitlichung und Grundrechtsvielfalt	857
<i>I. Kompetenzverteilung</i>	857
1. Anknüpfungspunkte de lege lata	857
a) Unionale Kompetenzvorschriften und deren Interpretation durch den EuGH	857
b) Subsidiaritätsprinzip	859
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	863

d) Gebot der Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten	865
e) Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit	865
2. Gestaltungsmöglichkeiten de lege ferenda	866
a) Aufteilung der Rechtsetzungskompetenzen anhand von Sachmaterien	866
b) Rückübertragung von Unionskompetenzen auf die Mitgliedstaaten	867
c) Materielle Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips	867
3. Zwischenergebnis	870
<i>II. Verankerung von Grundrechtsgewährleistungen</i>	870
1. Aufrechterhaltung bzw. Ausbau der Grundrechtsgewährleistungen auf mitgliedstaatlicher Ebene	870
2. Verzicht auf genuin nationale Grundrechtsgewährleistungen und Anpassung an die Unionsgrundrechte	871
3. Zwischenergebnis	872
<i>III. Materiell-rechtliche Ansatzpunkte zur grundrechtsbezogenen Kollisions- und Konfliktvermeidung</i>	873
1. Konfliktvermeidung durch klare Kompetenzabgrenzung im Grundrechtsbereich	873
2. Begrenzung der Reichweite des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts	874
3. Schaffung eines öffentlichen Kollisionsrechts	875
4. Auflösung von Kollisionen durch einen Rekurs auf das Völkerrecht	878
5. Konfliktvermeidung durch mitgliedstaatliche Selbstbeschränkung	879
6. Verbundmodell nach Burchardt	880
7. Zwischenergebnis: Akzeptanz des Scheiterns einer allseits anerkannten Kollisionslösung	882
<i>IV. Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab</i>	883
1. Ansatz des Generalanwalts Cruz Villalón in den Schlussanträgen in der Rechtssache Åkerberg Fransson	883
2. Supranationaler Ansatz zur Bestimmung des Anwendungsbereichs der Grundrechte-Charta	884
3. Entwicklung von Kriterien für die Prüfung des Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRC	885
4. Beschränkung der mitgliedstaatlichen Bindung an Unionsgrundrechte auf determinierte Handlungen	888
5. Grundrechte-Charta als Prüfungsmaßstab für nationale Verfassungs- und Höchstgerichte	889
6. Zwischenergebnis	895

V. <i>Prozessuale Mechanismen zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes</i>	896
1. Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Gerichtshöfen	896
a) Dialog der Gerichte: Begriffliche Annäherung	896
b) Instrumente der informellen Zusammenarbeit und deren Institutionalisierung	898
c) Kooperation durch Vorlageverfahren	900
2. Ausbau der Rechtsschutzmöglichkeiten des Einzelnen	909
a) EU-Ebene	909
b) Mitgliedstaatliche Ebene	911
3. Schaffung eines Kompetenzkonfliktsgerichtshofs	912
4. Synchronisierung der Rechtsprechung durch konforme Auslegung und wechselseitige Rezeption	913
5. Rücknahme der richterlichen Prüfungsdichte	917
a) Übertragbarkeit des margin of appreciation-Konzepts auf das Verhältnis des EuGH zu den nationalen Verfassungs- und Höchstgerichten	917
b) Kriterien für eine Rücknahme der Prüfungsdichte des EuGH	925
aa) Ansatzpunkte zur Gewinnung tauglicher Kriterien	925
bb) Einzelne Kriterien und ihre Übertragbarkeit auf die Rechtsprechung des EuGH	926
aaa) Art und Bedeutung des betroffenen Grundrechts	926
bbb) Art des Eingriffsziels	927
ccc) Vorliegen eines europäischen Konsenses	928
ddd) Klarheit des Sachverhalts	930
eee) Widerspruchsfreiheit des staatlichen Handelns	930
fff) Vorliegen eines mehrpoligen Rechtsverhältnisses	932
ggg) Vorliegen nationaler oder regionaler Besonderheiten	933
hhh) Vorliegen einer Materie, die nach der unionalen Zuständigkeitsverteilung in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten fällt	935
iii) Art des betroffenen Rechtsgebiets	937
jjj) Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf die zuständige Verwaltungsbehörde	937
kkk) Hinreichende Abwägung durch die nationalen Instanzen	938
c) Variierung der Kontrolldichte in der bisherigen Rechtsprechung des EuGH	939
aa) Allgemeines zur Kontrolldichte in der Rechtsprechung des EuGH	939
bb) Rezeption einzelner Kriterien	940
cc) Art und Weise der Kontrolldichteabstufung	948
dd) Bewertung	949

d) Rechtsfolgen einer Übertragung des Ansatzes zur Reduzierung der Prüfungsdichte bzw. des <i>margin of appreciation</i> -Konzepts auf die EU	950
e) Anwendung des <i>margin of appreciation</i> -Konzepts auf konkrete Beispielfälle	957
aa) Rechtssache Omega	957
bb) Rechtssache Tanja Kreil	958
cc) Rechtssache Mangold	959
dd) Rechtssache Carpenter	959
ee) Rechtssache International Transport Workers' Federation	960
ff) Rechtssache Sayn-Wittgenstein	961
gg) Rechtssache WebMindLicenses	962
hh) Schlussanträge der Generalanwältin Sharpston in der Rechtssache Bougnaoui und ADDH	963
6. Umkehrung der Solange II- bzw. der Bosphorus-Vermutung?	964
7. Abwägungsmodell nach Sauer	966
8. Abwägungsmodell nach Klatt	968
9. Einräumung eines Anspruchs auf Fehlertoleranz	969
10. Zwischenergebnis	971
VI. Zusammenfassung zum 6. Teil	972
 Zusammenfassung	 977
Literaturverzeichnis	991
Stichwortverzeichnis	1079

Technisches Vorwort

In der Schweiz werden die Entscheide der kantonalen Gerichte und politischen Organe erst in jüngster Zeit systematisch in Entscheidungssammlungen bzw. online publiziert. Für den Zeitraum von 1848 bis 2000 existieren in der Regel keine systematischen Sammlungen, sondern die Entscheide müssen direkt in den kantonalen Staatsarchiven bzw. in Entscheidungssammlungen nachgelesen werden, wobei Letztere in aller Regel nur einen begrenzten Zeitraum abdecken und nur die wichtigsten Entscheidungen des jeweiligen Gerichts bzw. der jeweiligen politischen Instanz enthalten. Zentrale Entscheidungen kantonalen Instanzen können daneben in Fachzeitschriften wie dem „Schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht“ (ZBl.) nachgelesen werden. Leitentscheide des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern etwa werden seit Anfang 2013 in der elektronischen Entscheidungssammlung sowie in der autorisierten Sammlung „Bernische Verwaltungsrechtsprechung“ (BVR) publiziert. Älteres Material ist über das Staatsarchiv Bern zugänglich. Ältere Entscheide der gerichtlichen Instanzen des Kantons Luzern können ebenfalls nur vor Ort im Staatsarchiv Luzern eingesehen werden. Entsprechendes gilt für Entscheide des Verfassungsgerichts Nidwalden, die im Staatsarchiv des Kantons Nidwalden in Stans eingesehen werden können.

Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts sind seit 1875 über die Entscheidungssammlung des Schweizerischen Bundesgerichts (BGE) öffentlich zugänglich. Frühere Entscheide können im Archiv des Bundesgerichts in Lausanne eingesehen werden. Entscheide des Bundesrates können im Schweizerischen Bundesblatt (BB1) nachgelesen werden. Daneben existieren insbesondere für die Zeit von 1848 bis 1874 Sammlungen mit Leitentscheiden der schweizerischen Bundesbehörden, etwa *Ullmer*, Die staatsrechtliche Praxis der schweizerischen Bundesbehörden aus den Jahren 1848–1860, Bd. 1 sowie *Ullmer*, Die staatsrechtliche Praxis der schweizerischen Bundesbehörden aus den Jahren 1848–1863, Bd. 2.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl.EU	Amtsblatt der Europäischen Union
aBV	alte Bundesverfassung der Schweiz (Bundesverfassung von 1874)
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AJP	Zeitschrift für die Allgemeine Juristische Praxis
AK	Alternativkommentar zum Grundgesetz
Amtsbl.	Amtsblatt
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung (Schweiz)
ATÖR	Assistententagung Öffentliches Recht
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayStGH	Bayerischer Staatsgerichtshof
BayStGHG	Gesetz über den Bayerischen Staatsgerichtshof
BayGemVerwZ	Bayerische Gemeinde- und Verwaltungszeitung
BayStAnz	Bayerischer Staatsanzeiger
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf	Verfassung des Freistaats Bayern
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHG	Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVGHG	Gesetz betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofs und das Verfahren in Verwaltungsrechtssachen v. 8.8.1878 (Bayern)
BayVGHE	Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
BayZfR	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern
BbgVerf	Brandenburgische Verfassung
BbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht
BbgVerfGG	Gesetz über das Brandenburgische Verfassungsgericht
BBl	Bundesblatt der Schweiz
Bd.	Band
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Beil.	Beilage

ber.	bereinigt
BerlVerf	Verfassung von Berlin
BerlVerfGH	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
BerlVerfGHG	Gesetz über den Berliner Verfassungsgerichtshof
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheide des Schweizer Bundesgerichts
BGer	Schweizer Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Schweizer Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BLVGE	Basellandschaftliche Verwaltungsgerichtsentscheide
BNotO	Bundesnotarordnung
Brem.GBl.	Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
BremVerf	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
BremStGH	Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
BremStGHE	Entscheidungen des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BSK	Basler Kommentar zur Schweizer Bundesverfassung
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999
BV 1848	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 12. September 1848
BV 1874	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BV-G	Österreichisches Bundesverfassungsgesetz
BVGE	Entscheidungen des Schweizer Bundesverwaltungsgerichts
BVGer	Bundesverwaltungsgericht der Schweiz
BVR	Bernische Verwaltungsrechtsprechung
BWStGH	Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg
BWStGHG	Gesetz über den Staatsgerichtshof von Baden-Württemberg
BWVerf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CEDH	Convention européenne des droits de l'homme, Cour européenne des droits de l'homme
CF	Constitution fédérale
CJEL	Columbia Journal of European Law
CJEU	Court of Justice of the European Union
CMLR	Common Market Law Review

DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe/dieselben
digit. Slg.	digitale Sammlung
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DSGVO	Europäische Datenschutzgrundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E.	Erwägung
ECHR	European Court of Human Rights
ECJ	European Court of Justice
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950
Einl.	Einleitung
ELJ	European Law Journal
ELRev	European Law Review
Entsch.	Entscheid, Entscheidung
Erk.	Erkenntnis
ERPL	European Review of Private Law
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit Entscheidungen des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen und des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg
et al.	et alia
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon
EUZBLG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung

FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht
ff.	fortfolgende
FG	Festgabe
FGG	Finanzgerichtsgesetz
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
Freiburg i. Ue.	Freiburg im Üechtland
FS	Festschrift
FZR	Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung
GA	Generalanwalt, Generalanwältin
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBI.	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGK	von Münch/Kunig, Grundgesetz-Kommentar
GK-BImSchG	Gemeinschaftskommentar zum Bundesimmissionsschutzgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GLJ	German Law Journal
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRC	Europäische Grundrechte-Charta
GS	Gedenkschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GV.NW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Nordrhein-Westfalen
GVOBl. M-V	Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern
GVOBl.-Schl.-H.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein
GVP	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis
GYIL	German Yearbook of International Law
Halbbd.	Halbband
HbgGVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt der Freien Hansestadt Hamburg
HbgOVG	Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Hamburg
HdStR	Handbuch des Staatsrechts
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen
HessStAnz	Hessischer Staatsanzeiger
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
HessStGHG	Gesetz über den Hessischen Staatsgerichtshof
HGR	Handbuch der Grundrechte
HILJ	Harvard International Law Journal
h.M.	herrschende Meinung
HRLJ	Human rights law journal
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HSG	Universität St. Gallen
ICANN	Internet Corporation for Assigned Names and Numbers
i.d.F.	in der Fassung
IPE	Handbuch Ius Publicum Europaeum
IPR	Internationales Privatrecht
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
ITU	International Telecommunication Union
i.V.m.	in Verbindung mit

JA	Juristische Arbeitsblätter
Jb.	Jahrbuch
JCMS	Journal of Common Market Studies
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
JRP	Journal für Rechtspolitik
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht Berlin
KommJur	Zeitschrift Kommunaljurist
krit.	kritisch
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
KV	Kantonsverfassung
Ls.	Leitsatz, Leitsätze
LSA	Sachsen-Anhalt
LSAVerf	Verfassung von Sachsen-Anhalt
LSAVerfGHG	Gesetz über das Landesverfassungsgericht von Sachsen-Anhalt
lit.	littera
LJN	Landelijk Jurisprudentie Nummer (Entscheidungssammlung der Niederlande)
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
LT-RPf	Landtag von Rheinland-Pfalz
LVerfGE	Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
MD	Maunz/Dürig, Kommentar zum Grundgesetz
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
MVVerf	Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern
MVVerfG	Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern
MVVerfGG	Gesetz über das Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
N.F.	Neue Folgen
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen
Nds.GVBl	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NGO	Non-Governmental Organization
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
No.	Number, Numéro
NoFo	No Foundations – An Interdisciplinary Journal of Law and Justice
NordÖR	Zeitschrift für das öffentliche Recht in Norddeutschland

Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRWVerf	Verfassung von Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OG	Organisationsgesetz über die Schweizer Bundesrechtspflege
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PreußVerf	Verfassung von Preußen
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
PrOTE	Entscheidungen des Preußischen Obertribunals
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	Reichsarbeitsgericht
RdA	Recht der Arbeit
RDAF	Revue de droit administratif et fiscal
RegBl.	Regierungsblatt
RFHE	Entscheidungen des Reichsfinanzhofs
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RJD	Reports of Judgments and Decisions
RJJ	Revue jurassienne de jurisprudence
RJN	Recueil de jurisprudence neuchâteloise
RL	Richtlinie der Europäischen Union
RPfVerf	Verfassung von Rheinland-Pfalz
RPfVerfGH	Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz
RPfVerfGHG	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RTDH	Revue trimestrielle des droits de l'homme
RV	Verfassung des Deutschen Kaiserreichs vom 16. April 1871
RVBl.	Reichsverwaltungsblatt
RVG	Reichsversorgungsgericht
S.	Seite, Satz, siehe
Saarl.ABl.	Amtsblatt des Saarlandes
SaarlVerf	Verfassung des Saarlandes
SaarlVerfGH	Saarländischer Verfassungsgerichtshof
SaarlVerfGHG	Gesetz über den Saarländischen Verfassungsgerichtshof
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

SächsOVG	Sächsisches Oberverwaltungsgericht
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SächsVerf	Verfassung des Freistaats Sachsen
SächsVerfGH	Sächsischer Verfassungsgerichtshof
SächsVerfGHG	Gesetz über den Sächsischen Verfassungsgerichtshof
SchlHVerf	Verfassung von Schleswig-Holstein
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SJ	Semaine Judiciaire
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
sog.	so genannte(r)
Sp.	Spalte
Spstr.	Spiegelstrich
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
St.	Sankt
StAnz	Staatsanzeiger
Sten.Prot.	Stenographische Protokolle
StGH	Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich
StPO	Strafprozessordnung
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StV	Strafverteidiger
Teilbd.	Teilband
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen
ThürVerfGH	Thüringer Verfassungsgerichtshof
ThürVerfGHG	Gesetz über den Thüringer Verfassungsgerichtshof
Tit.	Titel
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UeB	Übergangsbestimmungen zur Schweizer Bundesverfassung
Überbl.	Überblick
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966
Urt.	Urteil
USA	United States of America
v.	vom, von, gegen, vor
v.a.	vor allem
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
verb.	verbunden(e)
Verf	Verfassung
VerfGG	Verfassungsgerichtsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung
VfSlg.	Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs der Republik Österreich
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche

VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung der Europäischen Union
VOBl.	Verordnungsblatt
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
Vorbesch.	Vorbescheid
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VVG	Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht (Schweiz)
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Schweiz)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WehrG	Wehrgesetz vom 23. März 1921
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBl.	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht

Einführung

I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung

„Ein zweifach gestufter Föderalismus – in Gestalt des deutschen Bundesstaates und des europäischen Staatenverbundes – wird auf absehbare Zeit die prägende verfassungsrechtliche Grundstruktur bleiben, innerhalb derer öffentliche Gewalt in Deutschland und Europa legitimiert, organisiert und begrenzt werden muss“.¹ Diese Aussage von *Markus Möstl* im Rahmen eines Vortrags aus dem Jahr 2011 unterstreicht, welche Erwartungen und Hoffnungen mit dem Ordnungsprinzip des Föderalismus nicht nur in Bezug auf Deutschland, sondern gerade auch im Hinblick auf die Europäische Union (EU) verbunden werden. Der Begriff des Föderalismus² steht für den Zusammenschluss kleinerer territorial und politisch gestalteter Einheiten zu einem größeren selbständigen Gebilde unter Erhaltung der Autonomie der mitwirkenden Kleinheiten³ und stellt in staatstheoretischer Hinsicht das Gegenstück zum Unitarismus dar,⁴ welcher sich durch eine organisierte, geschlossene und monolithische Staatlichkeit auszeichnet.⁵ Föderale Ordnungen sind daher als mehrstufige politische Systeme zu verstehen, in denen neben die politische Einheit der Glieder eine politische Gesamtexistenz tritt.⁶ Föderalismus kann deshalb nicht nur in genuin staatlichen Strukturen auftreten,

¹ *Möstl*, Bundesstaat und Staatenverbund, S. 11.

² In den USA hingegen wurde das Adjektiv „federalist“ ursprünglich im Sinne einer Stärkung der Zentralregierung gebraucht, ein Verständnis, das sich im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch bis heute gehalten hat, vgl. *Mayer*, Kompetenzüberschreitung und Letztentscheidung, S. 17 f.; zur entsprechenden Verwendung des Adjektivs „federal“ im heutigen Sprachgebrauch s. exemplarisch *Greer*, *European Lawyer* 46 (2005), 70, 70; *Fabbrini*, *EuConst* 7 (2011), 392, 393 ff.; für eine klare Unterscheidung zwischen „federalist“ und „federal“ s. beispielsweise *Kingreen*, *A Federalist New Deal for a more perfect European Union*, *Social Science Research Network* Februar 2016, abrufbar unter <http://ssrn.com/abstract=2731732> (zuletzt abgerufen am 04.11.2017); ähnlich auch *Kingreen*, *AöR* 141(2016), 485, 511 ff.

³ *Šarčević*, *Das Bundesstaatsprinzip*, S. 14; *Pernthaler*, *Allgemeine Staatslehre und Verfassungslehre*, S. 410; *Zippelius*, *Die Modernität des Föderalismus*, in: *Duso/Krawietz/Wyduckel* (Hrsg.) *Konsens und Konsoziation in der politischen Theorie des frühen Föderalismus*, S. 295, 296; *Schmalenbach*, *Föderalismus und Unitarismus in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 5 f.; *Young*, *New York University Law Review* 77 (2004), 1612, 1641 f., der ebenfalls von einer „broader definition of federalism“ ausgeht; vgl. auch *Isensee*, *HdStR* VI, § 126 Rn. 4, der von der „Idee des Bundes von Staaten, die zur Handlungseinheit finden, ohne ihre Eigenständigkeit preiszugeben“ spricht und damit bereits auf abstrakter Ebene einen Bezug zum Staat herstellt.

⁴ *Anschütz*, *VVDStRL* 1 (1924), 11, 11 f.; *Isensee*, *HdStR* VI, § 126 Rn. 4; zum Föderalismus als politischem Prinzip s. *Saladin*, *ZSR* 1984 II, 431, 441 ff.

⁵ *Isensee*, *HdStR* VI, § 126 Rn. 4.

sondern ist als politische und rechtstheoretische Idee in der Lage, sich den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen, so dass vom Vorliegen eines föderalen Systems auszugehen ist, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: das Streben nach Einheit einerseits und die Wahrung der Autonomie und der legitimen Interessen der beteiligten Einheiten andererseits.⁷

In der deutschen Staatsrechtslehre wird der Föderalismus als wirksames Mittel zur Ordnung und Balancierung von Staatsgewalt angesehen.⁸ Gleichzeitig gilt er als Instrument, um eine „Einheit in Vielfalt“ zu ermöglichen, mithin die kulturellen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Besonderheiten der einzelnen Glieder zu wahren.⁹ Indes fällt es offenbar nach wie vor schwer, mit *Möstl* im Zusammenhang mit der EU von „Föderalismus“ zu sprechen, da dieser Begriff gerade in Deutschland zuerst mit dem deutschen Bundesstaat in Verbindung gebracht wird und die EU selbst kein Bundesstaat ist. Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sich an ihr sowohl in institutioneller als auch in funktioneller Hinsicht sämtliche Merkmale eines föderalen Systems nachweisen lassen.¹⁰

In der vorliegenden Untersuchung geht es um die Frage, auf welche Weise Grundrechtsföderalismus in der EU gewährleistet werden kann. Zu diesem Zweck soll analysiert werden, ob und inwiefern Erfahrungen aus den Referenzrechtsordnungen Deutschlands und der Schweiz sowie ihrer jeweiligen historischen Vorläufer die Entwicklung des Grundrechtsschutzes in der EU befruchten und zur Herstellung eines sinnvollen Ausgleich zwischen Grundrechtsvereinheitlichung und Grundrechtsvielfalt in der Union beitragen können, während ausdrücklich nicht angestrebt wird, darüber hinaus konkrete Verbesserungsvorschläge für den deutschen und den schweizerischen Grundrechtsschutz herauszuarbeiten.

Anders als bei den dem Menschen kraft seiner Geburt zukommenden, vorstaatlichen Menschenrechten handelt es sich bei den Grundrechten um positive, in der Verfassung niedergelegte Rechte des Einzelnen.¹¹ Sie sind konstitutiver Bestandteil und zentrales Leitbild für die Ausübung von Herrschaftsgewalt in modernen Rechtsordnungen.¹² Dies gilt zunächst für den demokratischen Ver-

⁶ *Grzeszick*, in: MD, GG, Art. 20 (Bundesstaat) Rn. 18; *Nettesheim*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, Art. 1 EUV, Rn. 62.

⁷ *Pescatore*, Preface, in: Sandalow/Stein (Hrsg.), Courts and Free Markets, Bd. 1, S. IX, IX f.; *Weiler*, Federalism Without Constitutionalism, in: Nicolaidis/Howse (Hrsg.), The Federal Vision, S. 54, 54.

⁸ Vgl. *Lerche*, VVDStRL 21 (1964), 66, 78 f.; *Badura*, FS Lerche, S. 369, 372; *Stern*, Föderative Besinnungen, FS Hans Huber, S. 319, 323 ff.

⁹ Vgl. *Badura*, FS Lerche, S. 369, 372; *Bauer*, in: Dreier, GG, Art. 20 (Bundesstaat) Rn. 24 für den Bundesstaat.

¹⁰ *Kadelbach*, VVDStRL 66 (2007), 7, 10 ff. m.w.N.; *Fabbrini*, The European Multilevel System of Fundamental Rights Protection, S. 18; ähnlich auch *Giegerich*, Europäische Verfassung und deutsche Verfassung im transnationalen Konstitutionalisierungsprozess, S. 823 f.

¹¹ *Stern*, HdStR IX, § 184 Rn. 40; *Manssen*, Staatsrecht II, § 2 Rn. 18.

¹² *Stern*, HdStR IX, § 184 Rn. 43 f.

fassungsstaat, aber auch für die EU als Rechts- und Wertegemeinschaft, was in Art. 6 Abs. 1 und 3 EUV und der mit dem Vertrag von Lissabon in Kraft getretenen Europäischen Grundrechte-Charta (GRC) nunmehr deutlich zum Ausdruck kommt. In föderal aufgebauten Systemen kann sowohl die Ebene des Gesamtsystems als auch die Ebene der Teilsysteme über eigene Grundrechtskataloge verfügen. So wird im System des deutschen Bundesstaates Grundrechtsschutz durch die Grundrechte des Grundgesetzes gewährleistet, doch darüber hinaus halten auch alle 16 Landesverfassungen eigene, mehr oder weniger umfangreiche Grundrechtsgewährleistungen bereit. Über die Einhaltung der Grundrechte des Grundgesetzes wacht das Bundesverfassungsgericht, während die Achtung der Grundrechte der Landesverfassungen durch das jeweilige Landesverfassungsgericht garantiert wird.

Auch im bundesstaatlichen System der Schweiz existieren sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene Grundrechte, wobei die schweizerische Bundesverfassung heute über einen umfassenden Grundrechtskatalog verfügt, während sich manche Kantone mit einem bloßen Verweis auf die Grundrechte der Bundesverfassung begnügen. Wengleich die Schweiz kein spezialisiertes Verfassungsgericht besitzt, erfüllt das schweizerische Bundesgericht, welches Teil des gerichtlichen Instanzenzugs ist, in vielerlei Hinsicht die Funktion eines Verfassungsgerichts.¹³ Es ist zur Überprüfung sämtlicher Rechtsakte der Kantone einschließlich deren formeller Gesetze befugt und übt auch gegenüber den meisten Rechtsakten des Bundes eine gerichtliche Kontrolle aus.¹⁴ Davon ausgenommen sind nach Art. 190 der Bundesverfassung (BV) lediglich formelle Bundesgesetze, da die Vorschrift besagt, dass Bundesgesetze und Völkerrecht für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden maßgebend sind. Damit ist die Nichtanwendung oder Nichtigerklärung von Bundesgesetzen durch das Bundesgericht ausgeschlossen.¹⁵ Allerdings statuiert Art. 190 BV nach der heute vorherrschenden Lehre und der aktuellen Rechtspraxis nur ein Anwendungsgebot, nicht aber ein Prüfungsverbot.¹⁶ Das Bundesgericht darf und soll daher im Rahmen der konkreten Normenkontrolle auf rechtlich problematische Bestimmungen in den Bundesgesetzen aufmerksam machen und an die politischen Behörden appellieren, den verfassungswidrigen Zustand zu be-

¹³ Vgl. *Häfelin/Haller/Keller/Thurnherr*, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Rn. 1929 ff. u. 2086 ff.; *Rhinow*, Zum Schutz von Freiheit, Demokratie und Föderalismus, Jusletter 14. März 2011; *Buser*, Kantonales Staatsrecht, Rn. 556.

¹⁴ *Rhinow*, Zum Schutz von Freiheit, Demokratie und Föderalismus, Jusletter 14. März 2011.

¹⁵ So etwa BGE 136 I 65, 70 E. 3.2; 138 II 440, 444 E. 4; *Hangartner/Looser*, in: St. Galler Kommentar zu Art. 190 BV, Rn. 4 u. 6; ausführlich dazu unten, § 8 I.5. a) aa) aaa) u. § 9 V.1 a).

¹⁶ So aus jüngerer Zeit etwa BGE 136 I 65, 70 E. 3.2; 136 II 120, 130 E. 3.5.1; *Hangartner/Looser*, in: St. Galler Kommentar zu Art. 190 BV, Rn. 11; *Biaggini*, Bundesverfassung, Art. 190 Rn. 13; *Cavelti/Birri*, FS Hangartner, S. 155, 159; *Pfister*, FS Patry, S. 391, 392; *Häfelin/Haller/Keller/Thurnherr*, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Rn. 2089; *Epiney*, in: BSK, BV, Art. 190 Rn. 35, die insoweit von einem „Prüfungsgebot“ des Bundesgerichts spricht; ausführlich dazu unten, § 8 I.5. a) aa) aaa) u. § 9 V.1. a).

enden,¹⁷ was in der Vergangenheit tatsächlich bereits in einigen Entscheiden geschehen ist.¹⁸ Indes besitzt der Beschwerdeführer auf einen derartigen Appellentscheid keinen Anspruch. Zudem entscheidet das Bundesgericht, das nach dem in Art. 106 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesgericht (BGG) verankerten Rügeprinzip bei der Prüfung von Grundrechtsverletzungen an die vom Beschwerdeführer vorgebrachten Rügen gebunden ist,¹⁹ in der Praxis eher nach Gutdünken, wann es in eine Prüfung eines Bundesgesetzes eintritt und wann es eine derartige Rüge zurückweist.²⁰ Nimmt es jedoch eine Prüfung vor und kommt es dabei im Rahmen eines *obiter dictum*²¹ zum Ergebnis, dass das fragliche Bundesgesetz gegen die Bundesverfassung verstößt, führt eine solche Kritik nicht selten dazu, dass die Bundesversammlung das in Rede stehende Gesetz revidiert.²² Indes gilt das Anwendungsgebot des Art. 190 BV nicht gegenüber denjenigen völkerrechtlichen Normen, die dem Schutz der Menschenrechte dienen, insbesondere nicht gegenüber den Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und des in der Schweiz unmittelbar anwendbaren Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (sog. UNO-Pakt II).²³ Daraus folgt, dass die Verletzung von Grundrechten durch ein Bundesgesetz vom Bundesgericht überprüft wird und das fragliche Gesetz im Falle einer Verletzung nicht angewandt wird, wenn es sich um (auch) völkerrechtlich verankerte Grundrechte handelt,²⁴ während eine Nichtanwendung des Bundesgesetzes ausgeschlossen ist, wenn das Grundrecht ausschließlich in der Bundesverfassung gewährleistet wird. Im Ergebnis ist es durch den Beitritt der Schweiz zu internationalen Menschenrechtsübereinkommen zu einer beschränkten verfassungsgerichtlichen Kontrolle

¹⁷ *Hangartner/Looser*, in: St. Galler Kommentar zu Art. 190 BV, Rn. 11; *Tschannen*, Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, § 11 Rn. 23; *Auer/Malinverni/Hotellier*, Droit constitutionnel, Vol. 1, Rn. 1943.

¹⁸ Vgl. BGE 105 Ib 165, 168 f. E. 5; 103 Ia 53, 55 E. 1; *Häfelin/Haller/Keller/Thurnherr*, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Rn. 2089; *Biaggini*, Bundesverfassung, Art. 190 Rn. 13; ausführlich dazu unten, § 9 V.1. a).

¹⁹ Zum Rügeprinzip s. *Rhinow/Koller/Kiss/Thurnherr/Brühl-Moser*, Öffentliches Prozessrecht, Rn. 1014 f. u.

²⁰ Vgl. *Scherrer*, Geschichte und Auslegung des Massgeblichkeitsgebots von Art. 190 BV, S. 311 f.; für ein Offenlassen der Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Bundesgesetzes s. beispielsweise BGE 116 IV 262, 268 E. 3b)cc).

²¹ Vgl. dazu *Scherrer*, Geschichte und Auslegung des Massgeblichkeitsgebots von Art. 190 BV, S. 319.

²² Vgl. *Haller*, in: Aubert et al., Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bd. 4, Art. 113 Rn. 206; *Häfelin/Haller/Keller/Thurnherr*, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Rn. 2089.

²³ Vgl. BGE 117 Ib 367, 371 f. E. 2d) f.; 125 II, 417, 424 E. 4c); 128 III 113, 116 E. 3a); offen gelassen in BGE 128 IV 117, 122 E. 3b); *Rhinow*, Zum Schutz von Freiheit, Demokratie und Föderalismus, Jusletter 14. März 2011; ausführlich dazu unten, § 8 I.5. a) aa) aaa) u. § 9 V.1. a).

²⁴ BGE 122 II, 234, 239 E. 4e); 119 V 171, E. 4a); 125 II 417, 424 E. 4c); 128 III 113, 116 E. 3a); 128 IV 201, 205 f. E. 1.3; *Rhinow/Schefer/Uebersax*, Schweizerisches Verfassungsrecht, Rn. 2863; *Häfelin/Haller/Keller/Thurnherr*, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Rn. 2091; *Scherrer*, Verfassungsgerichtliche Rechtskontrolle gegenüber schweizerischen Bundesgesetzen, S. 319 ff.

der Bundesgesetze gekommen, nachdem die Grundrechte der Bundesverfassung in großen Teilen mit den EMRK-Gewährleistungen übereinstimmen,²⁵ wobei freilich nicht übersehen werden darf, dass das Bundesgericht, anders als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), bei der Überprüfung des fraglichen Bundesgesetzes am Maßstab der als verletzt gerügten internationalen Menschenrechtsgarantie teilweise keine Verhältnismäßigkeitsprüfung vornimmt.²⁶ Andererseits impliziert diese Praxis aber auch eine Zweiteilung des Grundrechtsschutzes, da die Beachtung von Grundrechten der Bundesverfassung, die, wie etwa der allgemeine Gleichheitssatz oder das Willkürverbot, über kein Pendant in der EMRK verfügen, gegenüber dem Bundesgesetzgeber nicht verfassungsrechtlich kontrolliert werden kann,²⁷ es sei denn, das fragliche Grundrecht ist anderweitig im unmittelbar anwendbaren Völkerrecht, etwa im UNO-Pakt II oder in der UN-Kinderrechtskonvention²⁸ gewährleistet. Neben dem Bundesgericht existieren in einigen Kantonen kantonale Verfassungsgerichte, die in der Regel als Teil des gerichtlichen Instanzenzuges organisiert sind und die u.a. die Achtung der kantonalen Grundrechte sichern sollen.²⁹

Auch innerhalb der EU findet sich ein zweistufiger Grundrechtsschutz. So verfügt die Union selbst mit der Grundrechte-Charta über einen eigenen, geschriebenen Grundrechtskatalog, welcher nach Art. 6 Abs. 3 EUV durch die ungeschriebenen, allgemeinen Grundsätze des Unionsrechts ergänzt wird. Die Achtung dieser Grundrechte wird durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) überwacht, welcher zwar Teil der unionalen Instanzgerichtsbarkeit ist, sich selbst aber als eine Art „Verfassungsgericht“ der EU betrachtet³⁰ und spätestens seit der Entscheidung in der Rechtssache *Kadi I*³¹ aus dem Jahr 2008 auch als Grundrechtsgerichtshof agiert.³² Die Mitgliedstaaten der EU selbst garantieren ebenfalls den Schutz der Grundrechte, über deren Achtung nach Maßgabe der jeweiligen

²⁵ *Rhinow/Schefer/Uebersax*, Schweizerisches Verfassungsrecht, Rn. 2863.

²⁶ So etwa BGE 123 II 402, 414 f. E. 5a); BGer, Entsch. v. 07.10.2008 – 6B 225/2008 –, E. 3.1 u. 3.8.2; s. dazu *Schürer*, ZBl. 2016, 171, 171 ff.

²⁷ Krit. dazu *Rhinow*, Die neue Bundesverfassung 2000, S. 197; s. dazu auch *Wahl*, FS Wildhaber, S. 865, 890 mit Fn. 103.

²⁸ So etwa BGE 124 III 90, 92 E. 3b) in Bezug auf Art. 12 der Kinderrechtskonvention.

²⁹ Ausführlich dazu *Buser*, Kantonales Staatsrecht, Rn. 512 ff.

³⁰ Report of the Court of Justice on certain aspects of the application of the Treaty on European Union (Luxembourg, 5 May 1995), 1, 2; für den EuGH als Verfassungsgericht auch *de Visser*, Human Rights Review 15 (2014), 39, 40; *Vesterdorf*, International Journal of Constitutional Law 4 (2006), 607, 607 ff.; *Claes/de Witte*, The Role of National Constitutional Courts in the European Legal Space, in: Popelier/Mazmany/Vandenbruwaene (Hrsg.), The Role of Constitutional Courts in Multilevel Governance, S. 79, 96; *Hinarejos*, Judicial Control in the European Union, S. 1 u. 4 ff.; v. *Danwitz*, EuGRZ 2013, 253, 253.

³¹ EuGH, verb. Rs. C-402/05 P u. C-415/05 P, *Kadi I*, Slg. 2008, I-6351, Rn. 285, 304 u. 316.

³² Vgl. *Uerpmann-Witzack*, AVR 47 (2009), 142, 142; *Claes/de Visser*, The Court of Justice as a Federal Constitutional Court: A Comparative Perspective, in: Cloots/de Baere/Sottiaux (Hrsg.), Federalism in the European Union, S. 83, 102 ff.

Verfassung ein Verfassungsgericht bzw. ein oberstes Gericht wacht.³³ Eine Besonderheit stellt insoweit das Vereinigte Königreich dar, welches über keine geschriebene Verfassung mit einem ausdifferenzierten Grundrechtskatalog verfügt, in dem aber in Folge des Human Rights Act aus dem Jahr 1998 die Grundrechte, welche in der EMRK niedergelegt sind, Geltung finden.³⁴

Das Zusammentreffen von föderalen Strukturen und Grundrechtsschutz bringt ein Spannungsfeld hervor, in dem sich die Grundrechte der Gesamtebene des föderalen Systems, insbesondere durch ihre Auswirkungen auf die Kompetenzverteilung und das Prozessrecht, als Motor einer fortschreitenden Zentralisierung erweisen können,³⁵ was wiederum die Relevanz der Grundrechte der Kleinenheiten beeinflussen kann. Schon *Alexander Hamilton* schrieb deshalb in den *Federalist Papers* bezüglich der Aufnahme einer *Bill of Rights* in die amerikanische Verfassung:

„I go further, and affirm that bills of rights, in the sense and to the extent in which they are contended for, are not only unnecessary in the proposed Constitution, but would even be dangerous. They would contain various exceptions to powers not granted; and on this very account, would afford a colorable pretext to claim more than were granted“³⁶.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Zentralisierungsproblematik besteht in föderalen Systemen ein erhöhtes Bedürfnis nach einem Ausgleich zwischen Grundrechtseinheit und Grundrechtsvielfalt, insbesondere dann, wenn Inhalt und Reichweite der Grundrechtsgewährleistungen der verschiedenen Ebenen in einem System sich voneinander unterscheiden. Konkret geht es dabei um die Problematik, wann welcher Grundrechtskatalog Anwendung findet, welche Ebene an welchen Grundrechtskatalog gebunden ist und welches Grundrecht im Konfliktfall zur Anwendung kommen soll. Dahinter steht das Bestreben, beim Grundrechtsschutz in föderalen Systemen einerseits die Rechtseinheit zu wahren, gleichzeitig aber vor dem Hintergrund von unterschiedlichen Rechtskulturen wie dem *Common Law* und dem *Civil Law*, teilweise großen Unterschieden bei der Ausgestaltung des gerichtlichen Rechtsschutzes und nicht zuletzt 24 anerkannten Amtssprachen in der EU auch eine rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle

³³ Ausführlich dazu *Mayer*, Verfassungsgerichtsbarkeit, in: v. Bogdandy/Bast (Hrsg.), *Europäisches Verfassungsrecht*, S. 559, 560 ff.

³⁴ Näher hierzu *Lester*, Human Rights and the British Constitution, in: Jowell/Oliver (Hrsg.), *The Changing Constitution*, S. 70, 79 ff.; *Coppel*, The Human Rights Act 1998, S. 3 ff.; *Klug*, The Human Rights Act: origins and intentions, in: Kang-Riou/Milner/Nayak (Hrsg.), *Confronting the Human Rights Act*, S. 31 ff.; *O’Cinneide*, Human Rights and the UK Constitution, in: Jowell/Dawn/O’Cinneide (Hrsg.), *The Changing Constitution*, S. 67, 81 ff.; *Smets*, Kooperation oder Unterwerfung? Das Parlament, der Supreme Court und der Human Rights Act 1998, in: Elser et al. (Hrsg.), 53. ATÖR – Das letzte Wort, S. 161, 162 f.

³⁵ *Besson*, Droits de l’homme et fédéralisme: une introduction thématique, in: Besson/Belser (Hrsg.), *Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Kantone*, S. 7, 11; *Eeckhout*, CMLR 39 (2002), 945, 945; *Knook*, CMLR 42 (2005), 367, 367 f.; *Iglesias Sánchez*, CMLR 49 (2012), 1565, 1595; *Schütze*, *Cambridge Yearbook of European Legal Studies*, 14 (2011–2012), 337, 360.

³⁶ *Hamilton*, The Federalist Papers 84 (1788).

Vielfalt zu ermöglichen und zu einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Gerichten zu gelangen.³⁷ Ein derartiger Ausgleich ist gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen EU-Skepsis in vielen Mitgliedstaaten, der aktuellen Identitätskrise der EU und des für das Jahr 2019 zu erwartenden Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, welcher die Folge einer in dem „Brexit“-Referendum zum Ausdruck gekommenen, zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Fortschreiten der europäischen Integration darstellt,³⁸ von Bedeutung. Dies alles gilt umso mehr, als mit der EMRK eine weitere Quelle des Grundrechtsschutzes hinzutritt, deren Rechtswirkungen nicht allein auf gegenwärtige Vertragsparteien wie Deutschland oder die Schweiz beschränkt bleiben. Die EMRK hat vielmehr auch die Grundrechtsentwicklung in der EU entscheidend beeinflusst und bildet nach wie vor einen wichtigen Referenzrahmen für die Auslegung der Grundrechte-Charta. In Zukunft könnten die Wechselwirkungen zwischen Grundrechte-Charta und EMRK sogar noch zunehmen, falls die EU trotz des negativen Gutachtens des EuGH³⁹ den in Art. 6 Abs. 2 EUV vorgesehenen Beitritt zur EMRK doch noch irgendwann vollzieht, was im Hinblick auf die Kohärenz zwischen Grundrechte-Charta und EMRK und eine Vermeidung von Jurisdiktionskonflikten zwischen EGMR und EuGH erstrebenswert wäre.⁴⁰

Um Erkenntnisse für die Fortentwicklung des Grundrechtsschutzes in der EU zu gewinnen, soll in der vorliegenden Arbeit analysiert werden, wie der Konflikt zwischen Grundrechtseinheit und Grundrechtsvielfalt in föderalen Strukturen normativ und prozedural aufgelöst werden kann. Zu diesem Zweck sollen die Systeme Deutschlands, der Schweiz und der EU rechtsvergleichend untersucht werden, wobei gerade auch die jeweilige historische Entwicklung sowie die Rolle der EMRK für den Grundrechtsschutz mit zu berücksichtigen sind. Sowohl in Bezug auf die jeweiligen historischen Vorläufersysteme als auch für die geltenden Systeme soll zunächst aufgezeigt werden, in welcher Form Grundrechte in dem jeweiligen System gewährleistet werden, mit welchen normativen Instrumenten die Kohärenz des Grundrechtsschutzes gesichert werden soll und mit welchen Instrumenten Grundrechtskonflikte vermieden werden sollen, wobei besonderes Augenmerk den materiellen Kollisions- und Konfliktlösungsregeln sowie den prozessualen Konfliktlösungsmechanismen gilt. Gleichzeitig muss herausgearbeitet werden, ob und inwieweit der jeweils dem Vorrang einer anderen Ebene

³⁷ Zu dieser Herausforderung s. etwa *Canor*, *European Public Law* 8 (2002), 135, 166; *Bosuyt/Verrijdt*, *EuConst* 7 (2011), 355, 385 f.; *Klatt*, *Die praktische Konkordanz von Kompetenzen*, S. 389.

³⁸ Näher dazu *Cullen*, *EuZW* 2016, 401, 402; *Craig*, *ELRev* 41 (2016), 447, 448 ff.; *Arnold*, *ELRev* 41 (2016), 473, 473; *Vasilopoulou*, *The Political Quarterly* 87 (2016), 219, 219 f.; *Goodwin/Heath*, *The Political Quarterly* 87 (2016), 323, 324 ff.; *Wellings/Vines*, *Parliamentary Affairs* 69 (2016), 309, 310 ff.; zur Euroskepsis im Vereinigten Königreich auch schon *Oliver*, *International Affairs* 91 (2015), 77, 83 ff.

³⁹ EuGH, Gutachten 2/13, EMRK, digit. Slg.

⁴⁰ Vgl. *Terhechte*, *Autonomie und Kohärenz – Die Eigenständigkeit der Unionsgrundrechte im Zuge des EMRK-Beitritts der Europäischen Union*, in: *Iliopoulos-Strangas/Pereira da Silva/Potacs* (Hrsg.), *Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK*, S. 23, 39 ff.

unterworfenen Ebene Raum für die Bewahrung eigener Grundrechtstraditionen sowie für die Entwicklung und Gestaltung eines eigenständigen Grundrechtsschutzes verbleibt. Dabei sollen die Entwicklungen in Deutschland und der Schweiz daraufhin untersucht werden, ob sich diesbezüglich Parallelen zum Verhältnis der EU zu den Mitgliedstaaten, so wie es sich über die vergangenen Jahre und Jahrzehnte entwickelt hat, ausmachen lassen und welche Lehren daraus gezogen werden können. Auf dieser Grundlage schließlich sollen sowohl solche rechtliche Instrumente und Mechanismen identifiziert werden, die zu einer Unitarisierung des Grundrechtsschutzes führen, als auch jene, die eine Vielfalt des Grundrechtsschutzes gewährleisten. Dabei sind auch prozessuale Erwägungen mit einzubeziehen, da der Grundrechtsschutz nicht allein durch Rechtsnormen, sondern gerade erst durch die beteiligten Gerichte realisiert wird. Freilich stellt der Umgang der Gerichte mit Normen unterschiedlicher Rechtsordnungen seinerseits eine Reaktion auf das materiell-rechtliche Verhältnis der Rechtsnormen zueinander dar, weshalb materiell-rechtliche und prozessuale Fragen zwar viele Berührungspunkte aufweisen, aber rein rechtstheoretisch trotzdem voneinander zu trennen sind,⁴¹ so dass für die Entwicklung eines kohärenten Modells des Grundrechtsschutzes für die EU stets beide Anknüpfungspunkte zu berücksichtigen sind.

Nicht schwerpunktmäßig in die Analyse einbezogen werden sollen hingegen die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der einzelnen Ebenen, etwa im Rahmen der Parlamente oder bei der Besetzung der Gerichte, sowie ihre Auswirkungen auf den Grundrechtsschutz, da es sich insoweit allenfalls um mittelbare Beeinflussungen handelt, die in einer empirisch angelegten Untersuchung auszumachen wären – eine Aufgabe, die die vorliegende Untersuchung nicht erfüllen kann. Entsprechendes gilt für die Herausarbeitung etwaiger Erkenntnisse, die die föderalen Systeme Deutschlands und der Schweiz für die Weiterentwicklung ihres Grundrechtsschutzes auf Grundlage der Erfahrungen der EU ziehen könnten. Auch dies liegt außerhalb der Fragestellung der vorliegenden Arbeit.

II. Die föderalen Systeme Deutschlands, der Schweiz und der EU als Referenzpunkte des Rechtsvergleichs

1. Kategorisierung föderaler Systeme

Nach der klassischen Staatslehre des ausgehenden 19. und des frühen 20. Jahrhunderts lassen sich alle föderalen Gebilde in zwei Grundtypen einteilen: in Staatenbund und Bundesstaat.⁴² Das differenzierende Kriterium soll dabei die Souve-

⁴¹ Vgl. *Burchardt*, Die Rangfrage im europäischen Normenverbund, S. 8 f.; *Besson*, How international is the European legal order?, NoFo 2008, 50, 52; *Büdenbender*, Das Verhältnis des Europäischen Gerichtshofs zum Bundesverfassungsgericht, S. 29 f.

⁴² Grundlegend dazu s. *Jellinek*, Die Lehre von den Staatenverbindungen, S. 172 ff., 253 ff.; *Laband*, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. 1, S. 56 ff.; *Haenel*, Studien zum Deut-

ränität sein.⁴³ Ein Staatenbund⁴⁴ beruht auf einem völkerrechtlichen Vertrag und seine Mitgliedstaaten bleiben ihrerseits souverän. Als zentrale Bundesinstitution fungiert die Versammlung der Vertreter der Mitgliedstaaten, wobei die Kompetenzen des Bundes sich vor allem auf die Gebiete der Außen- und Verteidigungspolitik erstrecken. Den Mitgliedstaaten steht das Recht auf Austritt aus dem Staatenbund zu. Ein weiteres Kennzeichen des Staatenbundes ist, dass jener als solcher selbst nicht in Rechtsbeziehungen zu den Einwohnern der Mitgliedstaaten tritt, sondern derartige Beziehungen nur zu den Mitgliedstaaten unterhält.⁴⁵

Beim Bundesstaat⁴⁶ hingegen handelt es sich um ein selbstständiges Rechtssubjekt, wobei die Souveränität nach heutigem Verständnis beim Bund und nicht mehr bei den Gliedstaaten liegt.⁴⁷ Seine Kompetenzen leitet der Bundesstaat aus einer eigenen Verfassung und nicht mehr von den Gliedstaaten her. Die Gliedstaaten ihrerseits verfügen über kein Austrittsrecht aus dem Bundesstaat. Daneben können die Einwohner der Gliedstaaten durch Rechtsakte des Bundes unmittelbar verpflichtet werden, ohne dass es einer Transformation durch die Gliedstaaten bedürfte. Schließlich existiert eine oberste Gerichtsbarkeit bzw. eine Verfassungsgerichtsbarkeit, die über Streitigkeiten zwischen den Gliedstaaten sowie zwischen dem Bund und den Gliedstaaten letztverbindlich entscheidet.⁴⁸

Die Begriffe des Staatenbundes und des Bundesstaates im Sinne der allgemeinen Staatslehre stellen jedoch Idealtypen dar, die losgelöst von der Verfassungswirklichkeit zu verstehen sind. Sie dienen der typologischen Einordnung real existierender föderaler Systeme, die anhand eines Rasters einem der beiden Grundtypen zugeordnet werden sollen.⁴⁹ Gerade in der deutschen staatsrechtli-

schen Staatsrecht, Bd. 1, S. 39 ff.; *Le Fur*, État Fédéral et Confédérations d'États, S. 717 ff.; später dazu s. auch *Scheuner*, Staatstheorie und Staatsrecht, S. 415 f.; *Dreyer*, Föderalismus als ordnungspolitisches und normatives Prinzip, S. 590 ff.; zu dieser Unterscheidung s. auch *Schönberger*, AöR 129 (2004), 81, 88; für eine Beschränkung des Föderalismusbegriffs auf den Staatenbund jedoch *Wittmayer*, Die Weimarer Reichsverfassung, S. 148; *Triepel*, Unitarismus und Föderalismus, S. 11, der als „föderalistisch“ oder „föderativ“ solche Einrichtungen bezeichnet, die dem Staatenbund entsprechen.

⁴³ *Nettesheim*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, Art. 1 EUV, Rn. 59; *Le Fur*, État Fédéral et Confédérations d'États, S. 717.

⁴⁴ Ausführlich dazu *Jellinek*, Die Lehre von den Staatenverbindungen, S. 172 ff.; *Laband*, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. 1, S. 39 ff.; *Grzeszick*, in: MD, Art. 20 (Bundesstaat) Rn. 32.

⁴⁵ *Grzeszick*, in: MD, Art. 20 (Bundesstaat) Rn. 32; *Nawiasky*, Der Bundesstaat als Rechtsbegriff, S. 35.

⁴⁶ Ausführlich dazu *Jellinek*, Die Lehre von den Staatenverbindungen, S. 253 ff.; *Laband*, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. 1, S. 70 ff.; *Stern*, FS Huber, S. 319, 329 ff.; *Grzeszick*, in: MD, Art. 20 (Bundesstaat) Rn. 33.

⁴⁷ Grundlegend dazu *Laband*, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. 1, S. 70 ff.; *Jellinek*, Die Lehre von den Staatenverbindungen, S. 41 ff.; a.A. noch *Waitz*, Das Wesen des Bundesstaats, Allgemeine Monatsschrift für Wissenschaft und Literatur 4 (1853), 494, 507; *Nawiasky*, VVDStRL 12 (1954), Aussprache, 235, 236 sowie *de Tocqueville*, De la démocratie en Amérique, Bd. 1, S. 165, die von einer Aufteilung der Souveränität im Bundesstaat ausgehen.

⁴⁸ *Kelsen*, VVDStRL 5 (1929), 30, 81; *Löwer*, HdStR III, § 70 Rn. 28 f.

⁴⁹ *Isensee*, HdStR VI, § 126 Rn. 4; krit. zur Aufrechterhaltung dieser Dichotomie *Schönberger*, AöR 129 (2004), 81, 91 ff.

chen Literatur wird der Begriff des Föderalismus indessen nicht selten mit dem des Bundesstaates gleich gesetzt.⁵⁰ Auch das Bundesverfassungsgericht neigt dazu, beide Begriffe zwar nicht gleichzusetzen, aber doch als Synonyme zu verwenden.⁵¹ Eine solche Gleichsetzung ist allerdings wenig überzeugend, da Föderalismus als Gegenstück zum Unitarismus in vielerlei Gestalten auftreten kann⁵² und keineswegs nur auf den klassischen Bundesstaat beschränkt ist.

Gegen die von der klassischen Staatslehre vorgenommene, strikte Einteilung föderaler Systeme in Bundesstaaten und Staatenbunde bestehen Bedenken, da auch jenseits des klassischen Bundesstaates oder Staatenbundes Systeme existieren können, welche als mehrstufige, aus Gliedern und einem Gesamtsystem bestehende Systeme Merkmale des Föderalismus aufweisen. Zudem ist die Existenz von Misch- und Übergangsformen zwischen Staatenbund und Bundesstaat denkbar. So handelte es sich etwa beim Deutschen Reich von 1871 trotz seiner weit verbreiteten Interpretation als klassischen Bundesstaat⁵³ in Wahrheit um einen Bundesstaat mit bündischem Charakter, was sich an der Ausgestaltung der Finanzverfassung und der Abhängigkeit des Reiches von den Matrikularbeiträgen der Länder⁵⁴ sowie nicht zuletzt an der zumindest formal schwachen Stellung der Bundesexekutive ablesen lässt.⁵⁵ Ähnliches gilt für das System der USA zwischen 1789 und dem Beginn des Bürgerkrieges, welches sich bei objektiver Betrachtung

⁵⁰ Näher zu dieser Problematik Šarčević, Das Bundesstaatsprinzip, Das Bundesstaatsprinzip, S. 16 ff.; Sommermann, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Art. 20 Abs. 1 Rn. 25; die Gleichsetzung bleibt dabei nicht auf die deutsche Literatur beschränkt, s. z.B. McKay, Designing Europe, S. 8, der wohl ebenfalls von der Deckungsgleichheit der beiden Begriffe ausgeht; ähnlich auch Riker, Federalism, in: Greenstein/Polsby (Hrsg.), Handbook of Political Science, Bd. 5: Governmental Institutions and Processes, S. 93, 101 f.

⁵¹ So etwa BVerfGE 4, 178, 189; 22, 254, 270; 41, 88, 118 ff.; Šarčević, Das Bundesstaatsprinzip, S. 11 ff.

⁵² So auch Sommermann, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Art. 20 Abs. 1 Rn. 24; Weiler, Federalism Without Constitutionalism, in: Nicolaidis/Howse (Hrsg.), The Federal Vision, S. 54, 54; Elazar, Options, Problems and Possibilities in Light of the Current Situation, in: Elazar (Hrsg.), Self Rule/Shared Rule, S. 1, 3 f.

⁵³ Vgl. Laband, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. 1, S. 72 f.; Jellinek, Die Lehre von den Staatenverbindungen, S. 270 ff.; Bombak, Grundriß des Deutschen Staatsrechts, S. 112 ff.; Anschütz, in: Anschütz/Thoma (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, S. 295 f.; Wenzel, Zur Lehre der vertragsmässigen Elemente der Reichsverfassung, S. 21 ff.; Finger, Das Staatsrecht des Deutschen Reichs, S. 17 ff.

⁵⁴ Näher dazu Oeter, Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht, S. 43; ders., Föderalismus und Demokratie, in: v. Bogdandy/Bast (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht, S. 73, 84; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 946 ff.; Böhmer, Die Europäische Union im Lichte der Reichsverfassung von 1871, S. 85 ff. u. 204; s. auch Bock, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, S. 66, der eine Einordnung des Deutschen Reiches als Bundesstaat oder Staatenbund ablehnt.

⁵⁵ S. dazu Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 849; Kristoferitsch, Vom Staatenbund zum Bundesstaat?, S. 191 ff.; Schönberger, AöR 129 (2004), 81, 88 ff.; Oeter, Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht, S. 30 ff.; symptomatisch für die das Vorhandensein von Elementen eines Staatenbundes ist die Einordnung des Deutschen Reiches als Staatenbund durch von Seydel, vgl. v. Seydel, Vorträge aus dem Allgemeinen Staatsrecht, S. 70; ausführlich dazu unten, § 3 II.1.

Stichwortverzeichnis

- Aargau 408 ff., 447, 451 ff., 467, 472, 479, 483, 496, 507, 515, 545, 554, 565, 596 f., 600
- Ajos-Entscheidung (Dänischer Oberster Gerichtshof) 123
- Åkerberg Fransson* (EuGH) 74, 112, 697 ff., 742, 809, 830, 850, 948 f.
- Folgerechtsprechung 703 ff.
 - Reaktionen mitgliedstaatlicher Verfassungs- und Höchstgerichte 112, 714 ff.
 - Schlussanträge des Generalanwalts 698 f., 883 f.
 - Urteil 699 ff., 885 f.
- Aliud*-Gewährleistungen 261, 264, 306, 332, 419, 460, 526, 582, 745, 980
- allgemeine Rechtsgrundsätze 512, 531, 619, 631, 670, 680, 685, 741, 802, 814, 986
- Annibaldi*-Urteil (EuGH) 644, 695, 697, 704, 715
- Anschütz, Gerbard* 203, 211
- Antiterrordatei*-Urteil (BVerfG) 652, 704, 711, 714 ff., 728 f.
- Anwendbarkeit, unmittelbare
- des Unionsrechts 57, 635, 741, 891
 - der EMRK im Schweizer Recht 531, 535, 779, 799, 893
 - der EMRK im Unionsrecht nach einem Beitritt der EU 816 f.
- Anwendungsgebot nach Art. 190 BV 3 f., 43, 47, 144, 530 ff., 583, 588 ff., 597, 740, 779, 783, 854
- Anwendungsvorrang 72, 92 ff., 96 ff., 126, 132 ff., 150, 293, 383, 631 ff., 654, 658, 672 f., 690, 692 f., 703, 722, 727, 741, 744, 829 f., 846 f., 850, 874 ff., 936, 948, 973 f., 978, 985, 988
- Appenzell Ausserrhoden 27, 453 f., 508, 521, 546, 565 f., 599
- Appenzell Innerrhoden 400, 410, 447, 453 f., 508, 545
- Baden-Württemberg 254, 258, 285, 312 ff., 324, 363 ff., 370, 374, 376, 387, 389 f., 980
- Bananenmarkt*-Entscheidung (BVerfG) 101
- Basel-Landschaft 408 f., 451, 454, 507, 509, 516, 523, 536, 546, 550 ff., 596
- Basel-Stadt 46, 408 f., 411, 448, 452 ff., 481, 502, 545, 563, 571 f., 577, 596, 792 f., 795
- Bayern 175 ff., 230 ff., 315 ff., 337 ff., 371 ff., 375 ff.
- Deutsches Reich 154, 160 f., 166, 175 ff., 186 ff., 192
 - unter Geltung des Grundgesetzes 256 f., 260, 313, 315 ff., 337 ff., 366, 371 ff., 375 ff., 379, 381, 852
 - Weimarer Republik 216, 218, 220, 230 f., 235, 238 f., 241, 244 f., 247 f., 391 f., 842, 979
- Beitritt der EU zur EMRK, s. EMRK
- Berlin (Bundesland) 254 f., 259 ff., 264, 266, 305, 313 ff., 324, 337, 358 ff., 365, 370, 373, 385, 902
- Bern (Kanton) 27, 406, 408 f., 416 ff., 426 ff., 433, 451 ff., 475, 479, 481 f., 484, 490, 499 f., 507, 509, 517 ff., 524, 535, 537 f., 542, 545 ff., 555, 565 ff., 573, 590 ff., 594, 599, 601 ff.
- Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten 46 f., 50, 143, 585 f.
- Bindungsrücknahme 138 f., 151, 294, 640, 653
- Bismarck, Otto von* 157, 165
- Bismarcksche Reichsverfassung, s. Deutsches Reich (Verfassung)
- Bogdandy, Armin von* 60, 964 ff.
- Boungaoui und ADDH* (EuGH; Schlussanträge) 944, 963
- Bosphorus*-Urteil (EGMR) 147, 755 f., 764 ff., 804, 818, 825 f., 831 f., 918, 964 ff., 972, 987
- Brandenburg 254 f., 262, 264, 268, 271, 314, 316, 324, 351 ff., 360, 363, 365, 371 f., 380 ff.
- Bremen (Bundesland) 253, 257, 269, 313, 316
- Brexit 7, 113, 935
- Bund, EU als 61 ff., 82, 95, 121, 124, 149, 917, 924, 979
- Bundesgericht (Schweiz) 3 ff., 45 ff., 423 ff., 462 ff., 585 ff.
- freie Prüfung 469, 473, 496, 529, 780, 919, 923

- Geschichte 401 ff., 423 ff., 441 f.
- Prüfungsgebot, s. Anwendungsgebot nach Art. 190 BV
- Willkürprüfung 468 f., 474 f., 496 f., 501, 529, 586, 780, 919, 923, 951 f.
- Zuständigkeiten 45 ff., 50, 142 f., 423 ff., 459 ff., 462 ff., 470, 585 ff.
- Bundesrat (Schweiz) 402, 414 ff., 418, 423 ff., 435, 442, 445, 459, 462, 464, 466, 477 ff., 488, 494
- Bundesrecht bricht kantonales Recht 417 ff., 434, 457 ff., 461, 525, 609, 846
- Bundesrecht bricht Landesrecht 274, 287 ff., 846
- Bundesstaat 1 ff., 8 ff.
 - Abgrenzung zum Staatenbund 8 ff.
 - Deutschland 12 ff.
 - Dreigliedrigkeitslehre 13, 88, 91
 - Schweiz 25 ff.
- Bundestreue 44 f., 56, 164, 206, 403, 866
- Bundesverfassung von 1848 (Schweiz)
 - Entstehungsgeschichte 398 ff.
 - föderale Elemente 400 ff.
 - Grundrechte 405 ff.
 - Grundrechtsbindung 421 ff.
 - kantonale Grundrechte 407 ff., 428 ff.
 - Kollisionsregeln 417 ff.
 - Kompetenzverteilung 400 f.
 - prozessuale Absicherung des Grundrechtsschutzes 423 ff.
- Bundesverfassung von 1874 (Schweiz) (1874–1918)
 - Bundesgericht 441, 463 ff.
 - Entstehungsgeschichte 438 ff.
 - Finanzverfassung 443
 - Grundrechte der Bundesverfassung 440, 450 f.
 - Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab 461 ff.
 - kantonale Gerichte 480 ff.
 - kantonale Grundrechte 451 ff.
 - Kollisionsregeln 456 ff.
 - Kompetenzverteilung 439 f.
 - prozessuale Absicherung des Grundrechtsschutzes 463 ff.
 - Verwaltung 440
- Bundesverfassung von 1874 (Schweiz) (1919–1945)
 - Bundesgericht 494 ff.
 - geschichtliche Entwicklungen 488
 - Grundrechte der Bundesverfassung 491
 - kantonale Gerichte 498 ff.
 - kantonale Grundrechte 491
- Bundesverfassung von 1874 (Schweiz) (1946–1999)
 - EMRK 505 ff.
 - Eigentumsfreiheit 512 f.
 - kantonale Gerichte 540 ff.
 - kantonale Grundrechte 514 ff.
 - prozessuale Absicherung des Grundrechtsschutzes 527 ff.
 - Totalrevision kantonaler Verfassungen 514 ff.
 - ungeschriebene Bundesgrundrechte 510 ff.
- Bundesverfassung von 1999 (Schweiz)
 - Grundrechte der Bundesverfassung 564 ff.
 - Justizreform 561 f.
 - kantonale Gerichte 596 ff.
 - kantonale Grundrechte 571 ff.
 - Kollisionsregeln 580 ff.
 - NFA 562 f.
 - prozessuale Absicherung des Grundrechtsschutzes 585 ff.
 - Totalrevision der Bundesverfassung 560 f.
 - Totalrevision kantonaler Verfassungen 563 f.
- Bundesverfassungsgericht 3, 23, 99 ff., 308 ff., 714 ff., 728 ff., 769 ff., 889 ff.
 - BVerfGE 96, 345 325 ff.
 - EMRK 125 f., 769 ff.
 - EU 59, 99 ff.
 - Unionsgrundrechte 651 ff., 714 ff., 889 ff., 913 ff.
 - Verfahrensarten 308 ff.
 - Verhältnis zum EuGH 99 ff., 714 ff., 728 ff., 896 ff.
- Bundesverwaltungsgericht (Deutschland) 311 f., 336
- Bundesverwaltungsgericht (Schweiz) 595 f.
 - Burchardt, Dana* 124, 880 ff.
 - BVerfGE 96, 345 325 ff.
- Callies, Christian* 867 f.
- Caroline von Hannover*-Entscheidungen (BVerfG/EGMR) 311, 772 f., 833
- Carpenter*-Urteil (EuGH) 648, 946, 959 f.
- CILFIT*-Urteil (EuGH) 636, 660, 737, 739, 904, 906, 916
- Cinéthèque*-Urteil (EuGH) 643, 663
- Co-respondent*-Mechanismus 801, 817 ff., 825 f.
- controlimiti*-Doktrin (Italien) 100, 123
- Costa/E.N.E.L.*-Urteil (EuGH) 117, 631, 635, 846
- Cruz Villalón, Pedro* 698 f., 883 f., 895

- DDR 252, 254 f., 260, 268, 314, 387
DEB-Urteil (EuGH) 809, 814
 Delegation von Entscheidungsbefugnissen
 50, 647, 937 f.
Delvigne-Urteil (EuGH) 711 f.
 Deutsches Reich 154 ff.
 – als Bundesstaat 155 f.
 – Bundesrat 158 ff., 164 f., 183
 – Entstehungsgeschichte 154 f.
 – Finanzverfassung 161
 – föderale Elemente 156 ff.
 – Grundrechte 166 ff.
 – Grundrechtsbindung und Prüfungsmaß-
 stab 179 ff.
 – Judikative 159 f.
 – Kompetenz-Kompetenz des Reiches 162
 – Kompetenzverteilung 156 ff., 179
 – Kollisionsregeln 179
 – Landesgrundrechte 171 ff., 186 ff.
 – prozessuale Absicherung des Grund-
 rechtsschutzes 182 ff.
 – Reichsaufsicht, Reichsexekution 164
 – Reservatrechte 160 f.
 – Unitarisierungstendenzen 165
 – Verfassung 154 f., 166 ff.
 – Verwaltung 159
 – Vorrang des Reichsrechts 162 f., 179
 Dialog der Gerichte 145, 192, 248, 320 f.,
 391, 611, 730, 735, 742, 746, 771 f., 778,
 822, 833, 896 ff., 900 f., 907 ff., 989
Digital Rights Ireland-Urteil (EuGH) 724,
 815
Drei-Elemente-Lehre 13, 27, 58
 Dualismus 93, 99, 112 f., 118, 120, 640, 978
Dupré-Verfahren (Schweizer Bundesge-
 richt) 414, 423
 Durchgriffsnormen 16, 279

 Ebenenbegriff 76 ff.
effet utile 616
 EGMR 81, 147 f., 751 ff., 898 ff., 907, 909 f.,
 915 f., 918 ff., 923 ff., 945 ff., 952 ff., 987
 – *margin of appreciation* 757 ff., 918 ff.,
 923 ff., 945 ff., 952 ff., 987
 – Verfahrensarten 751 ff.
 Eidgenossenschaft, Alte 398 f.
 Eidgenossenschaft, Schweizerische, s. Bun-
 desstaat (Schweiz)
 Einführung 1 ff.
 Eingriffsziel 759, 832, 927 f., 945, 954 ff., 987
Emissionshandel-Beschluss (BVerfG) 653
 EMRK 80 f., 125 f., 505 ff., 769 ff.
 – Beitritt der EU 800 ff.
 – *Bosphorus*-Urteil (EGMR), s. *Bosphorus*-
 Urteil
 – Entstehungsgeschichte 748 f.
 – Grundrechtsschutz in der EU 802 ff.
 – Koexistenzregel 750 f.
 – Rechtswirkungen in Deutschland 769 ff.
 – Rechtswirkungen in der Schweiz 505 ff.,
 519, 525, 531 f., 546, 550 ff., 567 ff., 592 ff.,
 605 f., 609 f., 778 ff.
 Entzug des gesetzlichen Richters (Art. 101
 Abs. 1 S. 2 GG) 737 f., 905 ff.
 Erläuterungen zur Charta der Grundrechte
 695, 700, 805
 Ermessensspielräume, bundesrechtlich ein-
 geräumte 300, 304, 306, 325 ff., 337 ff.,
 527, 550, 557, 607
 Ermessensspielräume, unionsrechtlich einge-
 räumte 724 ff.
 – Anwendbarkeit nationaler Grundrechte
 644, 662 ff., 666 ff., 696, 724 ff., 735, 938,
 949, 957, 966, 972
 – *Melloni*-Urteil (EuGH) 724 ff.
 – Trennungsthese 656, 745, 890
ERT-Urteil (EuGH) 648, 695, 701, 709, 714,
 722
 EuGH 5, 57, 117 ff., 619 f., 662 ff., 693 ff.,
 913 ff., 939 ff., 969 ff.
 – Grundrechtsschutz 619 f., 662 ff., 693 ff.,
 913 ff., 939 ff., 969 ff.
 – Gutachten zum EMRK-Beitritt 817 ff.
 – Prüfungsdichte 721 ff., 925 ff., 939 ff.
 – Verfahrensarten 658, 720 ff., 909 ff.
Europäischer Haftbefehl-Entscheidungen
 (BVerfG) 106 f., 638, 641, 654, 729, 775,
 826
 European Communities Act 1972 (UK)
 111 ff., 716 f.
 Exekutivföderalismus 22, 42

Factortame-Entscheidungen (House of
 Lords) 111
Federalist Papers 6
 Fehlertoleranz, Anspruch auf, 148, 969 ff.
 Föderalismus 8 ff.
 – Bundesstaat 8 ff.
 – in Deutschland 12 ff.
 – in der EU 52 ff.
 – in der Schweiz 25 ff.
 – Kennzeichen 8 ff.
 – Staatenbund 8 ff.
 Föderalismusreform (Deutschland) 20, 30,
 38, 275, 347, 367 f., 370 ff., 386, 389
 Föderalismusreform (Schweiz), s. NFA
Franckensteinsche Klausel 161

- Frankreich 115 ff., 640, 656, 661, 735, 739, 854, 874, 934, 943
- Freiburg (Kanton) 27, 410 ff., 420 f., 447, 452, 454, 476, 479, 509, 546, 563, 571, 574 f., 592 f.
- freie Prüfung 469, 473, 496, 529, 780, 919, 923
- Frühkonstitutionalismus 176, 178, 407
- GASP 53, 638, 647, 655, 676, 678, 802, 824 f., 917
- Geltungsvorrang 72 f., 87, 90, 118 f., 122, 150, 163, 202, 270 f., 292 ff., 434 f., 486, 635 ff., 672, 846 f., 875, 877, 881, 979 f.
- Gemeinschaftsgrundrechte 619 ff., 623, 625, 628 f., 637, 641 ff., 644 ff., 652, 662 f., 670 ff., 680 f., 713, 744 f., 802, 834, 844, 914, 985, 988
- Genf (Kanton) 408, 419, 422, 454, 542, 546, 563 f., 571, 575, 597 ff., 796 f., 834
- Gerards, Janneke* 953 ff.
- Giacometti, Zaccaria* 492, 510 f.
- Glarus 408 f., 452, 454, 507 f., 516 f., 546
- Görgülü-Entscheidungen* (BVerfG/EGMR) 769 ff., 777, 811, 815, 830, 832, 834, 914, 987
- Graubünden 408, 411, 439, 443, 451, 453 f., 544, 546, 563, 572, 597, 600, 797 f.
- Grundnorm(theorie) 88 f., 92 ff., 118, 121, 150, 274, 293, 978
- Grundrechte
- als subjektive Rechte 166 ff., 209 ff., 413 ff.
 - Bundesverfassung (Schweiz) 405 ff., 440 f., 450 f., 491 f., 510 ff., 564 ff.
 - Deutsches Reich 166 ff., 182 ff.
 - EMRK 567 ff., 749 f., 769 ff.
 - EU 619 ff., 680 ff.
 - Grundgesetz 255 ff., 325 ff.
 - Inhaltsgleichheit 285, 326 ff., 337 ff.,
 - kantonale Verfassungen 407 ff., 451 ff., 491 f., 514 ff., 571 ff.
 - Landesverfassungen 171 ff., 216 ff., 257 ff.
 - Weimarer Republik 209 ff., 233 ff.
- Grundrechte-Charta
- als Auslegungshilfe 889, 894 ff., 973
 - Anwendungsbereich 693 ff., 883 ff.
 - Entstehungsgeschichte 678 ff.
 - Inhalt 680 ff.
 - Meistbegünstigungsklausel 689 ff., 831
 - Schutzniveau 689, 725, 741, 808, 811 ff., 855, 874, 949, 986
 - unmittelbare Anwendung 892 ff.
- Grundrechte-Charta (Verhältnis zum nationalen Grundrechtsschutz) 689 ff., 693 ff., 883 ff., 917 ff.
- Grundrechte-Charta (Verhältnis zur EMRK) 686 f., 800 ff.
- Grundrechtsbindung der EU-Mitgliedstaaten 693 ff., 883 ff.
- Grundrechtskollision 82, 128 f., 137 f., 147, 223, 232 f., 271, 684, 686, 850 f., 877, 965, 978
- Grundrechtskonvergenz 137 f., 224, 247, 266, 386, 393, 434, 452, 558, 607, 672, 687, 734, 871, 979, 981
- Grundrechtsschutz in der EU
- Bindung der Mitgliedstaaten s. Grundrechtsbindung der EU-Mitgliedstaaten
 - durch Sekundärrecht 685, 741
 - EMRK 686 f., 800 ff.
 - Entwicklung 619 ff., 676 ff.
 - Rechtserkenntnisquelle 621, 805 f., 809 ff., 815, 830 ff.
- Grundrechtsschutz in der EU, prozessuale Implikationen
- gerichtliche Kontrolldichte 662 ff., 721 ff., 917 ff.
 - gerichtliche Kooperation 97, 102 ff., 651, 659, 671, 674, 896 ff., 989
 - Verfahrensarten 658 ff., 720 ff., 909 ff.
- Häberle, Peter* 63
- Hamburg (Bundesland) 190, 254 f., 258 ff., 313, 315 f., 871
- Hamilton, Alexander* 6
- Harmonisierung 35, 54, 539, 616 f., 645, 683, 697, 701 f., 710, 805, 840, 857, 862, 929, 943
- Hauer-Urteil* (EuGH) 119, 621, 623, 802
- Hensel, Albert* 215, 226
- Hernández-Urteil* (EuGH) 710 f., 713 f., 726, 742, 885 f.
- Herzog, Roman* 694 f.
- Hessen 154, 190, 253, 257, 269, 313, 315 ff., 324 f., 337, 343 ff., 374 ff., 381
- Hierarchie 17, 77, 86 ff., 92 ff., 132, 150, 304, 633, 691, 900, 970, 989
- Abgrenzung zum Vorrang 92, 107 ff.
 - im Bundesstaat 86 ff.
 - in der EU 92 ff.
- Hirst-Urteil* (EGMR) 81, 928, 930
- Homogenitätsklausel
- Bundesverfassung (Schweiz) 50
 - EU 57
 - Grundgesetz 24, 50, 273, 276 ff.
 - Weimarer Reichsverfassung 194, 204 f., 224 ff.

- Honecker*-Beschluss (Berliner Verfassungsgerichtshof) 266, 305, 358 f., 385
- Honeywell*-Entscheidung (BVerfG) 59, 100, 104, 148, 914, 970, 972
- HS2*-Entscheidung (Supreme Court des Vereinigten Königreichs) 111 f., 717
- Huber, Hans* 461, 491, 493, 511
- Identitätskontrolle 103, 105 ff., 150, 641, 654, 715, 775, 850, 872
- Iida*-Urteil (EuGH) 696 f., 702
- implied powers* 616
- IN.CO.GE*-Urteil (EuGH) 635
- Individualbeschwerde (EGMR) 81, 144, 751 ff., 817, 832
- inhaltsgleiche Grundrechte 203, 226, 235, 240, 247 f., 285, 290, 305, 322, 326 ff., 340 ff., 388 ff., 459 f., 470, 479, 484 ff., 492 ff., 509, 525 f., 532, 536 f., 558, 583, 601, 610, 638, 848, 850, 853, 979 ff.
- International Transport Workers' Federation*-Urteil (EuGH) 664 f., 804, 941, 947, 960 f.
- Internationale Handelsgesellschaft*-Urteil (EuGH) 119, 620, 623, 636, 744, 802, 844
- Inuit*-Urteil (EuGH) 659, 858
- Investitionszulagengesetz*-Entscheidung (BVerfG) 653, 671, 738
- IPR 132, 875, 973
- Jellinek, Georg* 13, 58
- Jesuitenverbot 174, 406, 441, 450, 464, 504
- Joerges, Christian* 877
- judicial self-restraint* 147, 487, 501, 757, 832, 854, 983, 987
- Jura (Kanton) 431, 433, 504, 508, 518, 521 f., 536, 542 ff., 546, 555 ff., 565, 569, 597, 601, 730, 798, 983
- Jurisdiktionskonflikte 7, 71, 107, 130 f., 145, 148, 150, 321, 394, 557, 660, 734, 909, 915 f., 964, 967 ff., 975, 978 ff., 989
- Begriff 130 f.
- Kadi I*-Urteil (EuGH) 5, 915
- Kaiserreich, s. Deutsches Reich
- kantonale Gerichte 428 ff., 480 ff., 498 ff., 540 ff., 596 ff.
- kantonale Verfassungsgerichte 540 ff., 596 ff.
- Kantonsverfassungen
- Auslegung durch das Bundesgericht 470 ff., 494 ff., 527 ff., 585 ff.
- Gewährleistung durch die Bundesversammlung 31 f., 50, 417, 528, 785
- Grundrechte 407 ff., 451 ff., 491 f., 514 ff., 571 ff.
- Totalrevision 445 ff., 490, 507 ff., 563 f.
- Kelsen, Hans* 30, 87 ff., 204
- Kirchhof, Ferdinand* 964
- Klarheit des Sachverhalts 760, 832, 930, 954
- Klatt, Matthias* 968 f.
- Koexistenznormen 129, 136 f., 150, 280 ff., 688 ff., 741, 750 f., 812, 831 f., 848
- Kognition 442, 468 f., 473 ff., 487, 496, 500, 528 f., 532, 556, 585 ff., 595, 607, 610, 780, 853 f., 906, 919, 937 f., 983 f.
- Kokkeltvisserij-Urteil (EGMR) 755, 766, 804
- Kokott, Juliane* 624, 661, 820 ff., 943 f.
- Kollisionsregeln 131 ff.
- Anwendungsvorrang 72, 92 ff., 96 ff., 126, 132 ff., 150, 293, 383, 631 ff., 654, 658, 672 f., 690, 692 f., 703, 722, 727, 741, 744, 829 f., 846 f., 850, 874 ff., 936, 948, 973 f., 978, 985, 988
- *lex posterior*-Regel 131, 133, 769, 780
- *lex specialis*-Regel 72, 131 ff., 633
- *lex superior*-Regel 131 f., 135, 633
- Orte 140
- Kompetenz(en) 9, 13 ff.
- Kompetenzabgrenzung 67, 146, 162, 222, 271 ff., 417 ff., 456 f., 492 f., 524 f., 580 f., 615 ff., 629 ff., 672, 686, 839, 846, 863, 873 f.
- Kompetenzüberschreitung, s. *ultra vires*-Vorbehalt
- Kompetenzverteilung im Deutschen Reich 156 ff., 165 f.
- Kompetenzverteilung in der Weimarer Republik 195 f., 208 f.
- Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz 19 ff., 271 ff.
- Kompetenzverteilung nach der Schweizer Bundesverfassung von 1848 400 ff., 417
- Kompetenzverteilung nach der Schweizer Bundesverfassung von 1874 439 ff., 456 f., 488 ff., 492 f., 501 ff., 524 f.
- Kompetenzverteilung nach der Schweizer Bundesverfassung von 1999 560 ff., 580
- Kompetenz-Kompetenz
- Deutscher Bundesstaat 13, 17, 24, 26, 89 f., 156 f., 162, 166, 200 ff., 274
- EU 54, 58, 97 ff., 615, 978
- Schweizer Bundesstaat 30, 49, 403, 839
- Konfliktvermeidungsmechanismen, materiell-rechtliche 133 ff., 179, 221 ff., 269 ff., 417 ff., 456 ff., 492 f., 524 ff., 580 ff., 629 ff., 686 ff., 845 ff., 873 ff.

- Konfliktvermeidungsmechanismen, prozessuale 145 ff., 319 ff., 325 ff., 423 ff., 463 ff., 494 ff., 527 ff., 585 ff., 658 ff., 720 ff., 757 ff., 769 ff., 782 ff., 802 ff., 813 ff., 851 ff., 896 ff.
- Konformauslegung 105, 136 f., 148 f., 299, 377, 381, 389, 394, 462, 469, 530, 556 f., 587, 591, 607 f., 631, 742, 767, 778, 790, 799, 820, 831, 833, 913 ff., 974, 984, 989
- Konkordanzdemokratie 32 f.
- Konsens, europäischer 695, 761 ff., 922, 926, 928 ff., 953 ff.
- Kontrolldichte 147, 469, 473, 487, 500 f., 529 f., 556, 586 f., 607, 610, 660, 666, 674 f., 688, 721 ff., 727, 745, 757 ff., 773, 825 ff., 831 f., 853 ff., 868, 897, 917 ff., 939 ff., 975, 983 ff., 989
- Kopftuch-Urteil (BVerfG) 369, 729
- Kreil*-Urteil (EuGH) 646, 872, 894, 958
- Kulturkampf 165 f., 174, 178, 441, 504
- Kumm, Mattias* 94 f., 954
- Landesgrundrechte 171 ff., 216 ff., 257 ff., 325 ff., 366 ff., 727, 743, 774, 841 f., 845, 848 ff., 887, 902, 978 ff.
- Landesverfassungen
- Grundrechte, s. Landesgrundrechte
 - im Deutschen Reich 171 ff.
 - in der Weimarer Republik 216 ff.
 - Normierungsphasen 257 ff.
 - Verhältnis zum Grundgesetz 269 ff.
- Landesverfassungsbeschwerde 16, 203, 282, 284, 313, 315 ff., 323 ff., 328 ff., 343, 345 f., 348 ff., 355 ff., 363 ff., 368, 374, 380, 383, 385 ff., 394, 852 f., 980
- Landesverfassungsgerichte 238 ff., 312 ff., 367 ff., 673 f., 746, 777 f., 883, 842, 848, 853, 893, 901, 915, 980, 985
- Landesgrundrechte 337 ff., 366 ff.
 - Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht 319 ff.
 - Vorlage zum Bundesverfassungsgericht 320 ff.
- Landtová*-Urteil (EuGH) 110 f., 122
- Laval*-Urteil (EuGH) 665, 942
- Letztentscheidungsrecht (s. auch Prüfungsvorbehalt nationaler Gerichte) 103, 105
- Lindqvist*-Urteil (EuGH) 646, 666 f.
- Lissabon*-Urteil (BVerfG) 59, 99 f., 103 ff., 914
- Lissabon*-Vertrag 97 ff., 676 ff.
- Litauen 115 f., 628 f., 639 ff., 735, 874
- Loyalitätsprinzip 56, 865 f., 870, 939, 972
- Luzern (Kanton) 27, 410 ff., 425 ff., 432 f., 448 f., 451, 453 ff., 482, 495, 498, 533, 546, 563, 572
- Maastricht*-Urteil (BVerfG) 59, 102, 110, 651, 897, 970
- Maastricht*-Vertrag 616 ff., 622, 630 f., 676, 840
- MacCormick, Neil* 94, 878 f.
- Maduro, Miguel Poiarés* 94, 120
- Mager, Ute* 884, 887, 896, 936
- Mangold*-Urteil (EuGH) 624 f., 627, 635, 646, 947, 959
- margin of appreciation*-Konzept des EGMR (s. auch Kontrolldichte) 757 ff.
- Übertragbarkeit auf die Rechtsprechung des EuGH 917 ff., 950 ff.
- Mayer, Franz C.* 78 f., 96
- McB.*-Urteil (EuGH) 723, 806, 809, 811
- Mecklenburg-Vorpommern 255, 259 f., 315 f., 324, 355 ff.
- Mehrebenensystem 76 ff.
- Begriff 76 ff.
 - EMRK als eigenständige Ebene 80 ff.
 - EU als eigenständige Ebene 80
 - Gliedstaaten als eigenständige Ebenen 80
 - Vorrang- und Hierarchiefragen 86 ff.
- Mehrgewährleistungen 261, 263, 285 f., 291, 294, 300, 304 f., 327 ff., 334, 338, 348 f., 380 f., 386 f., 486, 582, 658, 690, 703, 848, 853, 855, 874
- mehrpulige Grundrechtsverhältnisse 129, 137 f., 147, 291, 294, 303, 311, 377, 420, 435, 460 f., 472, 548 f., 557, 595, 605, 608, 655, 658, 691, 727, 741, 745, 750 f., 761 f., 770 ff., 808, 812, 831, 855, 875, 880 f., 918 f., 922, 925, 932 f., 938, 946 f., 954 ff., 961, 963
- Meistbegünstigungsklausel 689, 691, 831
- Melki*-Urteil (EuGH) 116, 726, 908
- Melloni*-Urteil (EuGH) 74, 109, 383, 637 f., 689 ff., 701, 703, 719, 722, 724 ff., 736, 741 f., 745, 811 ff., 823, 831, 834, 850, 853, 855, 874, 885, 948 f., 957, 965, 972, 975, 986
- Menschenwürde 57, 107, 261, 266, 305, 359, 508, 514 ff., 522, 534, 565, 571 f., 601, 624, 628, 641, 654, 664, 926, 941, 947, 957
- Mindergewährleistungen 263 f., 280, 286 f., 300, 305, 327, 331, 458, 486, 526, 874, 982
- Möstl, Markus* 1 f., 989
- Monismus 92 ff., 99, 118, 120 f., 640, 779, 783, 799, 833, 988
- Moulin's Pont-à-Mousson*-Urteil (EuGH) 623

- multilevel constitutionalism* (s. auch Mehrebenenensystem u. Verfassungsverbund) 60
- nationale Besonderheiten 74, 664, 691, 722, 832, 856, 872, 874, 917, 936, 943, 945, 949, 953, 957, 961, 963, 989
- Nationalsozialismus 249 ff., 392, 492
- Nawiaskey, Hans* 66, 88
- Netzwerktheorie 60, 83 ff., 127, 149
- Neuenburg (Kanton) 27, 408, 412 f., 420, 452 ff., 490, 563, 571 ff., 795 f., 799
- Nidwalden 400, 410, 412 f., 446, 448 f., 451 ff., 507, 509, 514, 537, 539 ff., 546, 555, 557, 597, 599, 730
- Niederlande 97 ff., 640, 749, 901
- Niedersachsen 254 f., 258, 285, 313, 315 f., 871
- Nold-Urteil* (EuGH) 620 f., 623, 744, 802, 844
- Nordrhein-Westfalen 254, 258 f., 313, 315 f.
- Normkollision 72, 85, 128 ff., 134, 145, 150, 179, 221 f., 231, 270, 281, 286 ff., 290, 292, 305, 387, 389, 492 f., 581, 660, 672, 846, 882, 969
- Normenkontrolle 3, 47, 115, 142 f., 163, 183 ff., 187 f., 203, 235, 246, 308 ff., 315 f., 318, 320, 335, 393, 424, 442, 469, 528, 530, 540 ff., 562, 586, 597 ff., 600, 660, 669 ff., 674, 738, 890
- abstrakte 142 f., 235, 308 ff., 315, 318, 320, 335, 393, 424, 469, 528, 530, 540 f., 586, 597 f., 669 f., 674
 - konkrete 3, 47, 142 f., 308 ff., 315 f., 320 f., 335, 393, 469, 541 f., 597 ff., 600, 660, 669 ff., 674, 738, 890
- Normkonkurrenzen 128 ff., 150, 493
- N.S. u.a.-Urteil* (EuGH) 695 f., 723, 915
- Numerus clausus-Urteil* (BVerfG) 369, 375
- Obwalden 400, 410 ff., 448 f., 451 f., 454, 507, 514, 546
- öffentliche Ordnung 404, 479, 490, 509, 664, 942, 946, 960 f.
- öffentliches Kollisionsrecht 875 ff., 882, 973
- Österreich* 99, 627 ff., 657, 661, 666, 669 f., 687, 718, 722, 725, 727, 730 ff., 742 f., 746, 844, 855 f., 872, 890 f., 893 f., 962, 987
- Österreichischer Rundfunk-Urteil* (EuGH) 646, 943, 945
- Olshausen, Henning von* 272 f., 292, 299, 329
- Omega-Urteil* (EuGH) 652, 663 ff., 668, 722, 745, 855, 934, 941, 947, 957 f.
- OMT-Beschluss* (BVerfG) 104 f., 734 f.
- OMT-Urteil* (BVerfG) 106, 970
- Paoletti-Urteil* (EuGH) 712 ff.
- Pernice, Ingolf* 60, 84
- Pfleger-Urteil* (EuGH) 709, 714, 809
- Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit, s. Loyalitätsprinzip
- PKK-Urteil* (Schweizer Bundesgericht) 531 f., 589 f., 780
- Plaumann-Formel* 144, 658, 720
- Pluralismus, s. Rechtspluralismus
- Polen 113 ff., 116, 123 f., 628 f., 637, 640, 657, 669, 679, 685, 735, 874, 895
- Preußen 154, 160, 165 f., 177, 180, 186, 189 f., 197, 208, 218 f., 245
- primacia* (span. Verfassungsgerichtshof) 108 f.
- Pringle-Urteil* (EuGH) 696 f.
- prior involvement*, s. Vorabefassungsverfahren
- Promusicae-Urteil* (EuGH) 653, 667
- Prüfungsdichte 147, 469, 473, 487, 500 f., 529 f., 556, 586 f., 607, 610, 660, 666, 674 f., 688, 721 ff., 727, 745, 757 ff., 773, 825 ff., 831 f., 853 ff., 868, 897, 917 ff., 938 ff., 975, 983 ff., 989
- Prüfungsvorbehalte nationaler Gerichte (s. auch Identitätskontrolle u. ultra vires-Kontrolle) 97 ff.
- Rechtsanwendung 93 f., 99, 11, 131, 137, 172, 288, 295 ff., 300 ff., 322, 324, 327, 331, 333, 341, 436, 474 f., 481, 487, 527, 529, 538, 639 ff., 849, 981 ff.
- Begriff 296 f.
 - durch die Landesstaatsgewalt 297, 300 ff.
- Rechtserkenntnisquelle 621, 773, 783, 805 f., 809 ff., 830 f., 834
- Rechtsgrundsätze, s. allgemeine Rechtsgrundsätze
- Rechtspluralismus 60 f., 93 ff., 115, 121, 124, 150, 315, 782, 847, 877 f., 954, 978
- Rechtsvergleichung 93 ff., 838 ff.
- Regenerationszeit 408 f., 428, 430, 434
- Reichsaufsicht 164, 166, 206
- Reichsexekution 164, 206
- Reichsgericht (1871–1918) 159 f., 172, 181 ff., 185, 188, 190 f.
- Reichsgericht (1919–1933) 200, 203 f., 211, 213 f., 223, 225 ff., 231 f., 235 ff., 239, 242 ff., 246 ff.
- Reservatrechte 160 f., 208, 246

- Rheinland-Pfalz 253, 255, 257, 269, 313, 315 ff., 324 f., 348 ff., 376, 378, 387, 853
Roquette Frères-Urteil (EuGH) 667, 803
Runeviè-Vardyn und Wardyn-Urteil (EuGH) 723
- Saarland 253, 257 f., 315 f., 324, 345 ff., 371, 375, 380
- Sachsen 161, 178, 190, 254 f., 265, 314, 316, 318, 360 ff., 371
- Sachsen-Anhalt 254 f., 314, 316, 380
Sauer, Heiko 966 f.
- Schaffhausen (Kanton) 27, 410 f., 451 ff., 471, 546, 563, 571 f., 577
- Schleswig-Holstein 148, 254 f., 258 f., 264, 267 f., 310, 313, 315 f.
- Schmidberger-Urteil* (EuGH) 648, 652, 663 f., 941, 946 f.
- Schmitt, Carl* 61, 216
- Schubert-Praxis* 531 f., 589 f., 780 f., 833, 988
- Schwyz (Kanton) 400, 410, 412, 447 f., 452 ff., 509, 542, 546, 563, 572, 600, 606
- Sharpston, Eleanor* 699, 702, 944, 963
- Sicherungsverwahrung-Urteil* (BVerfG) 771 ff., 777, 815, 830, 833 f.
- Simmenthal II-Urteil* (EuGH) 118 f.
- Siragusa-Urteil* (EuGH) 706 ff., 710 f., 713 f., 718, 726, 742
- Sky Österreich-Urteil* (EuGH) 688
- Slaughter, Anne-Marie* 85
- Smend, Rudolf* 222
- Solange-Rechtsprechung* (BVerfG) 100 f., 106 f., 110, 114, 122 f., 141 f., 147, 150, 317, 382, 639, 641, 653 f., 654, 670 f., 715, 764 f., 850, 854, 878, 889 f., 964 ff., 972
- Solothurn (Kanton) 411, 447 ff., 451, 454, 472, 475, 484, 507 f., 515 f., 518, 536 f., 546, 599
- Souveränität 9, 13 f., 25 f., 33, 49, 51, 59, 61 ff., 90, 98, 108, 110 ff., 114, 117 ff., 154 f., 400, 403, 657, 770 f., 826, 867 f., 931, 936, 977
 – im Bund 61 ff.
- soziale Grundrechte 169, 213, 216, 220, 253, 256 f., 259 f., 264, 268, 277, 284, 291, 386 f., 413, 455, 519 f., 555, 574, 622, 629, 672, 682, 750, 812, 842, 844 f., 927
- Spanien 107 ff., 628 f., 669, 735, 739, 742, 906
- Spielraumtheorie 348, 352 ff.,
 Staatenbeschwerde (EGMR) 81, 751, 821 f., 832
- Staatenbund 8 ff., 26, 59 ff., 78, 82, 155 f., 158, 195, 398 ff., 403, 428, 977
- Staatlichkeit, souveräne, s. Souveränität
- staatsrechtliche Beschwerde 414, 442, 459, 461 f., 464 ff., 472, 476, 478, 487, 494 f., 497, 518, 527 f., 535, 537 ff., 585 f., 588, 610, 780, 982 f.
- Stauder-Urteil* (EuGH) 620, 623, 630, 642, 744
- St. Gallen (Kanton) 408 f., 411, 422, 427, 432, 448 f., 451 ff., 470 f., 509, 546, 563, 571 f., 577, 600, 606, 921
- Stufenbau der Rechtsordnung (s. auch Hierarchie) 276
- subsidiäre Verfassungsbeschwerde, s. Verfassungsbeschwerde (Schweiz)
- Subsidiaritätsklauseln 323 ff., 337, 394, 853
- Subsidiaritätsprinzip 33 f., 43 f., 560, 859 ff., 867 ff.
 – Deutschland 18, 23,
 – EU 53, 618, 693, 840, 859 ff., 867 ff., 880, 934, 972
 – Justiziabilität 33 f., 43 f., 860 f.
 – Schweiz 27, 33 f., 43 f., 560
- supremacia* (span. Verfassungsgerichtshof) 108 f.
- Systemtheorie 76, 78
- Tessin 27, 400, 410, 443, 449, 451 f., 454, 485, 499, 508 f., 520, 546, 553 f., 564, 566, 569, 600 f.,
- Textada-Urteil* (EuGH) 705 f.
- Thoburn-Entscheidung* (High Court) 111 f.
- Thoma, Richard* 194, 213 f.
- Thüringen 254 f., 314 ff., 357 f., 371
- Thurgau 408 f., 411, 447, 453 ff., 472, 479, 507, 509, 517, 546, 793 ff.
- Torralbo-Urteil* (EuGH) 707
- Tschechische Republik* 109 ff., 122, 628 f., 640, 657, 669, 679, 685, 821
- Turnhout-Urteil* (EuGH) 708
- Übertragung von Hoheitsrechten 62, 99 f., 102, 108, 117 f., 201, 249, 639, 755
- ultra vires*-Kontrolle 96, 102 ff., 109 ff., 114, 116, 119, 122 f., 131, 150, 652, 670, 673 f., 715, 718 f., 746, 854 f., 859, 865, 872, 876, 970 ff., 975, 978, 986, 989
- Ungarn 123, 628 f., 637, 640, 669, 917, 935, 966
- Unionsbürgerschaft 58, 618, 622, 649 ff., 696, 702, 704, 745, 916
- unitarischer Bundesstaat 19, 24, 195

- Unitarisierung
 - Deutsches Reich 162, 166, 173 f., 192, 841, 978
 - Grundgesetz 8, 266 ff., 310, 365, 368 f., 387 f., 391, 395, 842, 979 ff.
 - EU 58, 695, 719, 739, 850, 854 f., 871 f., 887, 889, 893 ff., 911, 914 ff., 971, 974, 988
 - föderale Systeme 8, 70, 73 f., 839 f., 851, 854, 857, 871, 915, 974
 - Schweizer Bundesverfassung von 1848 403
 - Schweizer Bundesverfassung von 1874 450, 501, 982, 984
 - Schweizer Bundesverfassung von 1999 37 f., 44 f., 51, 563, 843, 854, 985
 - Weimarer Republik 196, 198, 200, 207 f., 219, 221, 247, 979
- UNO-Pakt II 4, 505 ff.
- Uri (Kanton) 400, 410 ff., 418, 421, 425, 443, 447 ff., 454, 507, 514, 545

- Van Gend & Loos*-Urteil (EuGH) 57
- Verfassungsautonomie 829, 873
 - Länder 15, 164, 170, 173, 194, 204 f., 216, 270 f., 279, 282, 287, 290, 292, 302, 319, 332, 334, 388
 - Kantone 28 f., 48, 564
- Verfassungsbeschwerde
 - Bundesverfassungsgericht 101, 106, 114, 143 f., 308 ff., 393, 669, 737 f., 769 f., 832, 890, 895
 - Deutsches Reich 182 f., 187 ff., 192, 391 f.
 - EU 659, 669, 674, 720, 911
 - Landesverfassungsgerichte 16, 282, 284, 313, 315 ff., 323 ff., 328 ff., 343, 345 f., 348 ff., 355 ff., 363 ff., 368, 374, 380, 383, 385 ff., 394, 852 f., 980
 - Schweiz 143, 429, 585, 588, 607, 780, 799, 833, 988
 - Weimarer Republik 203, 225, 230 f., 233 f., 239 ff., 244 ff., 248, 392, 852
- Verfassungsgerichte, mitgliedstaatliche
 - Deutschland (s. auch Bundesverfassungsgericht) 99 ff., 714 ff.
 - Frankreich 115 ff., 123, 656 f., 661, 726, 739, 753
 - Litauen 115 f., 639 ff., 735, 874
 - Niederlande 97 f., 901
 - Österreich 99, 661, 670, 718, 725, 727, 730 ff., 742 f., 746, 856, 890 f., 893, 987
 - Polen 113 ff. 123, 637, 657, 669, 735, 874
 - Spanien 107 ff., 122, 640, 661, 669, 689, 733 ff., 739
 - Tschechische Republik 109 ff., 640, 657, 821
 - Vereinigtes Königreich 111 ff., 716 ff.
- Verfassungsgerichtsbarkeit
 - Deutschland, s. Bundesverfassungsgericht u. Landesverfassungsgerichte
 - diffuse 611, 674, 740
 - spezialisierte 3, 29, 45 f., 67, 73, 145, 436, 463, 487, 540, 545, 557 ff., 596 f., 606, 608, 610, 669 f., 738 ff., 743, 746, 799, 839 f., 853 f., 893 ff., 901, 911, 982
 - Schweiz 416 f., 423, 433, 435 f., 442, 463, 467, 482, 487 f., 498, 506, 509, 531, 538 ff., 542 ff., 553, 556 ff., 562, 589, 596 ff., 606, 608, 610 f.
- Verfassungsidentität, nationale 103, 105, 107, 114, 123, 641, 662, 670, 826, 876, 881 f., 892, 917, 929, 931 f., 934 ff.
- verfassungsmäßige Rechte 143, 402, 405, 407, 410, 421, 424 f., 466, 489, 506, 525, 538, 585, 597, 780, 799
- Verfassungsüberlieferungen, gemeinsame 66, 68, 123, 138, 620, 622, 625, 627, 637, 642, 671, 678, 684, 687, 744, 802, 831, 844 f., 870, 985
- Verfassungsverbund 60, 63, 96
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 215, 371
 - Bundesgericht (Schweiz) 5, 469, 472, 549, 558, 587, 595, 920 f., 923, 952
 - Bundesverfassung (Schweiz) , 43 f., 863
 - EGMR 757, 771 f., 810, 923
 - EU 53, 55, 632, 668, 676, 840, 859 ff., 868, 870, 972
 - EuGH 645, 664, 666, 688, 706, 721 ff., 810, 864 f., 868 f., 939 ff., 947 ff., 957 ff.
 - Grundgesetz 20, 863, 868
- Verwaltungsgerichtsbarkeit 46 ff., 160, 180, 186 f., 189 f., 192, 200, 211, 228 ff., 233, 235, 238 f., 245, 248, 311 f., 336, 392, 423, 429, 435, 445, 464, 469, 477, 480 ff., 487, 494, 498, 500, 504 f., 509, 527 f., 545 ff., 562, 585 f., 595 f., 741 f., 775 f., 790 f., 793, 796 f., 799, 839, 979
- Vollmachtenbeschluss 445, 488 f. 501 f.
- Vorabbefassungsverfahren 819 ff., 827
- Vorabentscheidungsverfahren 58, 105, 143, 146, 636, 655, 659 ff., 671, 674, 699, 720, 723, 726, 728, 730, 732 ff., 746, 753, 801, 819, 821 f., 854, 888 ff., 973 f., 987
- Vorlagepflicht 265, 320 ff., 333, 340, 660 f., 737 f., 753, 820, 853, 902 ff.
- Vorlageverfahren zum BVerfG 145 f., 265 f., 309, 320 ff., 326, 332 f., 344, 355, 360 ff.,

- 364, 386, 389, 394, 669, 737 ff., 853, 900 ff., 908 f., 980
- Vorlageverfahren zum EGMR 751 ff., 801, 822, 828, 856, 909
- Vorrang, s. Anwendungsvorrang, Geltungsvorrang, Kollisionsregeln
- Wachauf*-Urteil (EuGH) 644, 694 ff., 701, 703, 724
- Waadt 27, 411 ff., 420, 449, 452 ff., 490, 546, 563, 571, 573 ff., 590 f., 597, 797 f., 600 f., 604 ff., 834,
- Walker, Neil* 94
- Wallis 400, 410, 412 f., 420, 443, 449, 453 ff., 479 ff., 508 f., 524, 546, 591
- WebMindLicenses*-Urteil (EuGH) 712, 714, 809 f., 962 f.
- Weiler, Joseph H.H.* 63
- Weimarer Republik
- als Bundesstaat 193 ff.
 - Entstehungsgeschichte 193
 - Finanzverfassung 207 f.
 - Grundrechte 209 ff., 233 ff.
 - Grundrechtsbindung und Prüfungsmaßstab 227 ff.
 - Homogenitätsklausel 204 f.
 - Judikative 199 f.
 - Kollisionsvermeidungsmechanismen 221 ff.
 - Kompetenz-Kompetenz des Reiches 201 f.
 - Kompetenzverteilung 195, 208 f.
 - Landesverfassungen 216 ff.
 - prozessuale Absicherung des Grundrechtsschutzes 233 ff.
 - Reichsrat 197 f.
 - Reichsaufsicht, Reichsexekution 206 f.
 - Reichstreue 206 f.
 - Unitarisierungstendenzen 208 f.
 - Verwaltung 198 f., 207
 - Vorrang des Reichsrechts 202 ff.
- Widerspruchsfreiheit des staatlichen Handelns 65, 287, 930 ff.
- Willkürprüfung (s. auch Kognition) 852, 950 ff.
- Bundesgericht (Schweiz) 468, 474 f., 496 f., 501, 529, 532, 586, 780, 854, 919, 923, 950 ff.,
 - EGMR 952
 - EuGH 950, 958, 962, 971, 975, 989
 - Landesverfassungsgerichte 341 f., 347
- Wittreck, Fabian* 270, 304
- Ymeraga*-Urteil (EuGH) 703 f., 706, 708, 710 f., 714, 718
- Zürich (Kanton) 408 ff., 421, 424, 428 f., 446, 451, 453 f., 482 f., 485, 493, 497 ff., 505, 509, 523, 538, 542, 545 f., 563, 571 f., 578, 596, 600, 604
- Zug (Kanton) 400, 447 ff., 453 f., 508 f., 546
- Zusammenfassung 977